

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Freitag, den 28. April 1899.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

An die Korrespondenten und Freunde unseres Blattes!

Um unseren Lesern sobald als möglich eine Uebersicht über den Verlauf des Festes der Arbeit im In- und Auslande geben zu können, werden wir am 2. Mai (Dienstag) nachmittags eine Nummer unserer Zeitung herausgeben. Um über den Verlauf der Massenerhebung außerhalb Berlins schnell unterrichtet zu sein, müssen wir dringend um die Mithilfe unserer Freunde, namentlich der Vertrauensleute und Referenten ersuchen. Wir bitten daher, uns in gedrängter Kürze durch Postkarte, bei weiterer Entfernung durch Telegramm in Mitteilungen über den Verlauf der Versammlungen bezw. Festlichkeiten zugehen zu lassen, so zwar, daß dieselben am Morgen des 2. Mai in unseren Händen sind.

Redaktion des „Vorwärts“.

Arbeiterschutz in der Hausindustrie.

II.
So gelten in England auf Grund der Fabrikgesetze von 1878, 1891 und 1895 und der Gesundheitsgesetze von 1891 für London, von 1876 für das übrige England, von 1877 für Schottland und von 1878 für Irland alle Betriebe — auch die Familienbetriebe —, welche mechanische Kraft verwenden, als Fabriken und unterstehen allen Bestimmungen für dieselben; alle sonstigen Betriebe bis zu den kleinsten sind einheitlich geregelt als „workshops“ (Werkstätten), ausgenommen sind hiervon bloß die Familienbetriebe in der Wohnung der Familie. Für diese „Domestic workshops“ gelten aber auch Arbeiterschutzbestimmungen und zwar die folgenden:

Kinder dürfen an den Tagen, an denen sie in einer Fabrik oder Werkstätte gearbeitet haben, für denselben Betrieb außerhalb der Fabrik oder Werkstätte nur in den Grenzen des für sie zulässigen Maximalarbeitslozes beschäftigt werden. Ebenso junge Personen und Frauen, wenn sie vor- und nachmittags in einer Fabrik oder Werkstätte gearbeitet haben. Dabei bildet die Beschäftigung im Laden und der Werkstätte desselben Besitzers einen Maximalarbeitstag. Die Ueberzeitarbeit wird wesentlich eingeschränkt durch die folgende Bestimmung: Für jede beschäftigte Person wird ein Minimalloz von 250 Kubikfuß, dagegen bei Ueberzeitarbeit von 400 Kubikfuß gefordert. Aus Gründen der Gesundheitsgefährdung und ähnlichen Ursachen kann das Verbot der Verwendung gewisser Räumlichkeiten zu bestimmten Arbeiten ausgesprochen werden.

Die Ausführungsverordnungen zum schweizerischen Bundesgesetz über die Arbeit in Fabriken unterstellen eine große Anzahl der hausindustriellen Betriebe, so vor allem die wichtigste schweizerische Hausindustrie: die ganze ostschweizerische Maschinenfabrikation, dem Fabrikgesetz. Durch die kantonalen Fabrikgesetze wird der Schutz der in der Hausindustrie thätigen Personen erheblich ausgedehnt und vielfach spezialisiert, so durch Bestimmungen über die Arbeitsstätten, und wie z. B. im Kanton St. Gallen durch das Verbot für Mädchen unter 16 Jahren, länger als drei Stunden ununterbrochen an Treppmaschinen zu arbeiten.

In Frankreich sind alle hausindustriellen Betriebe, die nicht Familienbetriebe sind, den gesetzlichen Bestimmungen für die Fabrikbetriebe unterstellt; ebenso die Familienbetriebe in gesundheitsgefährlichen und ähnlichen Industrien, ferner diejenigen, welche mit mechanischer Kraft arbeiten, wenigstens bezüglich der allgemeinen Anforderungen an die Arbeitsstätten und bezüglich der besonderen Vorschriften für gesundheitsgefährliche und ähnliche Industrien.

Unter Beschränkung der Verechtigung zur Fabrikaufsicht für Familienbetriebe gilt auch das holländische Gesetz für die Hausindustrie ebenso wie für Fabriken.

In Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Schweden, Finnland gelten unter Umständen, die näher anzuführen hier zu weit führen würde, gewisse fabrikgesetzliche Bestimmungen auch für Hausindustrien.

Weiter als die Fabrikgesetze der europäischen Staaten geht die einschlägige Gesetzgebung einiger nordamerikanischer Staaten und vor allem der australischen Kolonien. Für gewisse Kategorien hausindustrieller Betriebe wird da Vistenführung der beschäftigten Arbeiter, Konzessionen für den Betrieb von hausindustriellen Betrieben, so vor allem in der Konfektionsindustrie, gefordert. Außerdem gibt es dort vielfach wertvolle Vorschriften über die Fabrikinspektion und die sanitäre Kontrolle hausindustrieller Betriebe, einschließlich der Familienbetriebe.

Demgegenüber stehen die Leistungen der deutschen Gesetzgebung einschließlich der neuen Novelle zur Gewerbe-Ordnung weit zurück. Schon die Beschränkung auf die Konfektion, dann die Ausdehnung auf eine relativ große Zahl schon zu beaufsichtigender Betriebe ohne gesetzliche Festlegung einer Vermehrung der Fabrik-Aufsichtsbeamten, spricht gegen die Vorlage, der jeder große Zug fehlt.

Was wir brauchen, ist eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie aller Branchen, eine ausreichende lokale Inspektion unter Zuziehung sachkundiger Arbeiter und Arbeiterinnen, ferner Bestimmungen, welche neuen Zugang zu der Hausindustrie unmöglich machen; etwa nach dem Vorschlage Alfred Hebers, wonach nur jeder bei Inkrafttreten des Gesetzes thätige hausindustrielle bez. Heimarbeiter einen Verechtigungsschein zu dieser Art von Arbeit erhalten darf,

während jeder Unternehmer, der künftig ohne solche Scheine Personen außer jenen Werkstätten bez. Fabriken beschäftigt, bestraft werden beziehungsweise ihm im Wiederholungsfalle die Verechtigung zur Beschäftigung von Hausindustriellen entzogen werden soll. Es geht sicherlich nicht an, die Hausindustrie einfach durch gesetzliche Federstrich zu unterlagen, man kann aber ganz wohl unter Wahrung erfassener Rechte sowohl die Weiterausbreitung der Hausindustrie verhindern, als auch diese Betriebsform auf den Existenzfuß setzen.

Wüßten unsere bornierten Mittelstandspolitiker, daß ein erheblicher Teil der Waren der von ihnen so genannten Ramschbuzare in der dezentralisierten Fabrikindustrie und nicht in geschlossenen Betrieben hergestellt werden, sie müßten, wenn auch nicht aus Gründen, die wir billigen, diesen Vorschlägen zustimmen; ist doch auch die Hausindustrie vielfach gerade in den Industrien der Hauptkonkurrenz, in denen das Handwerk den schwersten Kampf um die Existenz führt.

Wir freilich bekämpfen die hausindustrielle Betriebsform, weil sie die Lebenshaltung der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Hausindustrie herabdrückt, weil in ihr die Arbeitszeit am längsten, die Entlohnung am schlechtesten, die Ausbeutung der Frauen und jugendlichen Personen am rücksichtslosesten, die Gesundheitschädigungen die schwersten, die Arbeitslosigkeit die längste, die Möglichkeiten zur Organisation die schwächsten sind, weil mit einem Worte die Arbeiter in der Hausindustrie weit schwieriger als die in der Fabrik auf ein höheres Kulturniveau gebracht werden können.

Die Ueberführung der Arbeiter aus der Hausindustrie in Fabrikbetriebe wäre eine Kulturthat ersten Ranges.

Die Reformen des Grafen Kosobowich werden zur Verwirklichung dieser Kultur Aufgabe nichts beitragen.

Der Bergarbeiterchutz vor Gericht.

Die schrecklichen Unglücksfälle, die sich voriges Jahr im rheinisch-westfälischen Grubenbezirk rasch hintereinander ereigneten, sind noch in aller Erinnerung. Durch die Bergarbeiter und ihre beruflichen Organe wurden in allen diesen Fällen, die schwere Opfer an Menschenleben forderten, darauf hingewiesen, daß Mangel an Schutzeinrichtungen, Mängel im Betriebe die Hauptursache dieser Unfälle gewesen seien. Als am 5. November 1898 auf der Zeche Borussia bei Warten durch eine Explosion abermals 5 Bergarbeiter getötet und 8 schwer verletzt worden waren, veröffentlichte die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ auf Grund von Mitteilungen aus Bergarbeiterkreisen einen Artikel, worin sie auf die mangelhaften Betriebs- und Schutzeinrichtungen auf genannter Zeche hinwies und diese als Hauptursache der Explosion bezeichnete. Sie teilte mit, daß auf Borussia die Ueberführung (die zur Zuführung frischer Luft dienenden Strecken) außerordentlich mangelhaft gewesen sei, daß die Wetterstrecken häufig zusammenbrachen und daß die Luftzufuhr tagelang unterbrochen gewesen sei, daß eine Lampe verlöscht sei und daß die zur Verhütung von Kohlenstaub-Explosionen vorgeschriebene Verieselung der Strecken nur dann regelrecht in Tätigkeit gesetzt worden wäre, wenn die Einfahrt des staatlichen Aufsichtsbeamten angemeldet worden sei. Der Redacteur des Blattes, Genosse Gué, wurde, wie nicht anders zu erwarten war, vor Gericht gestellt, weil seine Behauptungen vollkommen unpartheyisch waren und er dadurch den Leiter der Zeche, Herrn Verhoven, beleidigt habe. Wie es in Wirklichkeit auf der Unglücksgrube ausgesehen hat, dafür möge das Zeugenverhör aus dem Gerichtsbericht (verhandelt in Bochum am 25. April) als Beweis dienen.

Das Zeugenverhör.

Als erster Zeuge wurde der Bergmann Heinrich Scheding, Eichlinghofen, in den Saal gerufen.

Vorsitzender: Was wissen Sie von der Sache?

Zeuge: Bevor die Grube inspiziert wurde, mußten wir uns bei dem Steiger melden. Derselbe gab uns unsere Lampen, auf welchen große Zettel mit der Aufschrift „Nieseln“ angebracht waren.

Sachverständiger: Haben außer an Ihren Lampen auch an anderen Lampen die Zettel mit der Aufschrift: „Nas machen!“ gestanden?

Zeuge: Jawohl, mir ist das im ganzen 7—8 mal bekannt.

Verteidiger A. A. Wallach: Die Zettel empfingen Sie dann, wenn am folgenden Tage Besuch kam?

Sachverständiger: Wann erhielten Sie die Zettel?

Zeuge: Am Abend vor der Aufsicht.

Zeuge Karl Köhner-Eichlinghofen erklärt auf Verfragen, mit dem Angeklagten über den Zustand auf der Zeche gesprochen zu haben, und erklärt darauf, von der Verieselung nichts zu wissen.

Vorsitzender: Was haben Sie dem Angeklagten mitgeteilt?

Zeuge: Ich habe mit ihm wegen der Wetter gesprochen; in Flöz 10 in der Bremskammer hat alles mit Wettern gestanden; den Steiger Vangensch hat ich davon in Kenntnis gesetzt, der sagte, er könne die Wetter auch nicht rauekriegen, außer durch Zug.

Nächster Zeuge ist Bergmann Heinrich Korte-Eichlinghofen. Derselbe gibt an: Die Unglücksstelle liege im Flöz 21, die Verieselung war mangelhaft. Die Wasserleitung war bis Ort 4 eingebaut, verieselt wurde stets, wenn der Bergmeister kam, an der Unfallstelle lag der Stand hoch.

Vertreter des Arbeiters: Wann war das letzte Mal vor dem Unglück verieselt worden?

Zeuge: Kurz zuvor wie der Bergmeister zugegen war, der Bergmeister kam alle vierzehn Tage, dann wurde verieselt, sonst nicht.

Verteidiger: Wissen Sie auch, daß häufiger Brüche in der Wetterstrecke entstanden sind?

Zeuge: Ja, ein Bruch hat einen ganzen Monat so gelegen.

Als nächster Zeuge erscheint der Strafantragsteller Betriebsführer Wilhelm Verhoven. Zeuge ist seit dem 12. Oktober 1897 als Betriebsführer auf Zeche Borussia.

Der Zeuge bestreitet entweder alle Befundungen der anderen Zeugen oder will von den behaupteten Mängeln nichts wissen.

Zeuge August Rosendahl-Eichlinghofen: Ich habe mit Huc in Eichlinghofen gesprochen.

Vors.: War beim Wetterzug im Flöz 21 nicht alles in Ordnung?

Zeuge: Das kann ich nicht behaupten. Zwei Monate vor der Explosion war ein Bruch in der Wetterstrecke, welcher 14 Tage dauerte und 4—5 Meter lang war. Die Strecken waren zugeschnitten und 2—3 Tage vollständig gesperrt, die Luft konnte nicht durch. Der Betriebsführer war dort und sagte, wir sollten so schnell als möglich arbeiten.

Zeuge August Anadeschuh-Despel hat im Flöz 21 im Abbau gearbeitet, er bekundete, bei bevorstehenden Revisionen des Bergmeisters mußten sie auf Anordnung des Steigers Stothaus andere Arbeiten verrichten und zwar Reparaturen.

Vorsitzender: Kam der Revierbeamte auch mehrmals?

Zeuge: Der Betriebsführer kam mit dem Herrn und da hieß es, verieselt den Ort.

Verteidiger: Wenn der Bergmeister kam, hieß es dann, verieselt den Ort?

Zeuge: Jawohl.

Zeuge Otto Anadeschuh-Despel: Im Flöz 21 war ich im Abbau beschäftigt, wir haben eines Tages den Bescheid erhalten, wir sollten rauskommen, der Bergmeister wäre da, da haben wir den Beschlag gemacht.

Zeuge Bergmann August Pahlmeier-Despel erklärt: Wir hatten kein Wasser und die Rohre waren im Bremsberge zugesetzt. Das Wasser schloß mir eine Schicht, auch wurde uns gesagt, es muß geriechelt werden, übermorgen kommt der Bergmeister.

Zeuge Joseph Razored-Warten: Im Flöz 21 im 2. Stück war die Verieselung sehr mangelhaft.

Sachverständiger: Sie hatten doch die Verpflichtung, die Strecke zu verieseln.

Zeuge: Jawohl. Wir hatten aber mal 14 Tage lang kein Wasser, am Morgen des Unglücks hatten wir auch kein Wasser.

Sachverständiger: Davon weiß ich nichts, ich glaube es auch nicht.

Vorsitzender: Hat das der Steiger Heber gewußt?

Zeuge: Jawohl.

Verteidiger: Hat es auch der Betriebsführer gewußt?

Zeuge: Das ist mir unbekannt.

Verteidiger: Haben Sie es dem Steiger gesagt?

Zeuge: Ja, der sagte, er könne sich nicht um alles kümmern.

Zeuge Emil Mehrmann, Bergmann aus Eickelbruch: Ich arbeite seit März 1896 bis heute auf Borussia. Wenn der Bescheid kam, daß der Bergmeister komme, dann gab der Steiger Straßhütte den Befehl, zu riecheln, dann wurde geriechelt, sonst hielt er es so genau nicht. In den Ueberbauen lag der Kohlenstaub hoch.

Zeuge Bergmann Heinrich Baumer-Despel. Ich bin heute noch auf Borussia beschäftigt, mit dem Angeklagten habe ich über das Unglück nicht gesprochen. Mit der Verieselung war es auf der Zeche nicht vom besten, wenn der Bergmeister kam, dann wurde gewöhnlich geriechelt. Wegen der Wetter mußte ich zwei bis dreimal den Ort vernageln, später mußte ich den Ort wieder offen machen, das geschah immer wenn der Revierbeamte kam.

Zeuge Alwin Köntel-Despel: Die Wetterstrecke war sehr schlecht, wenn der Bergmeister kam, mußten wir von der Arbeit weg, und wenn er fort war mußten wir weiterarbeiten.

Sachverständiger: Wieviel Tage vorher hatten Sie gehört, daß der Bergmeister kam?

Zeuge: 1—2 Tage.

Sachverständiger: Das kann wohl möglich sein, denn wir melden unsre Ankunft einen Tag vorher an.

Zeuge Bergmann Wilh. Romminghoff-Despel: Ich arbeite 20 Jahre auf genannter Zeche und bin seit 2 Jahren Nieselmann, es sind Zettel an der Lampe befestigt worden, worauf mir befohlen wurde zu riecheln und immer geschah dieses, wenn andern Tags die Kontrolle kam, sonst hielt man es nicht so genau.

Zeuge Winneder: Die Sohlenstrecke stand zur Zeit voll Wetter, da die Wetterstrecke total zu Grunde lag, Verhoven war mit dem Steiger bei mir und überzeugte sich selbst von der schlechten Luft.

Verhoven bestreitet, an der betreffenden Stelle gewesen zu sein.

Winneder bleibt aber dabei und weist durch Anführung von Einzelheiten nach, daß der Betriebsführer bei ihm gewesen ist. Dieser gab es schließlich zu.

Zeuge Wahl behauptet, daß ihm dreimal wegen der schlechten Wetter die Lampe ausgeschlagen ist, auf Anregung des Angeklagten erklärt er, daß das niedrige Gedinge es nicht erlaube, alle Vorsichtsmassregeln einzuhalten.

Zeugen Bothmann ist auch die Lampe ausgeschlagen wegen schlechter Wetter.

Zeuge Lindemann behauptet: Als Anfang März ein Lokaltermin in Sachen Mod-Huc auf der Zeche Borussia stattfinden und eine Gerichtskommission die Grube besahen sollte, habe man in den Grubenräumen eine außerordentliche Reinigung vorgenommen und ein zweifellos polizeiwidriger Ort sei verriegelt worden.

Zeuge Sachmeister war bei der Rettungsmannschaft und fand an dem Unglücksort den Staub hoch.

Dies die hauptsächlichsten Ergebnisse des Zeugenverhörs. Der Staatsanwalt selber mußte danach zugeben, daß auf dieser Grube schwere Mängel bestanden haben, beantragte aber trotzdem eine Geldstrafe von 500 M. Das Urteil soll nächsten Sonnabend verkündet werden. Die Aussagen der Zeugen enthielten ein erschreckendes Bild von der Art Arbeiterschutz, wie er in deutschen Bergwerken betrieben wird. Was nicht selbst die besten und subtilsten Schutzbefehle — angenommen, sie wären vorhanden — wenn in so unverantwortlicher Weise mit ihnen umgesprungen wird, wenn selbst

die allgemeinsten und selbstverständlichsten Schutzvorrichtungen in solcher Weise vernachlässigt werden. Da werden Verlesungsanlagen vorgeschrieben und auch angelegt — aber es ist kein Wasser in den Röhren, sie werden nur benützt, wenn die Revision kommt, die sich, wie der Herr Sachverständige mit aller Offenheit zugibt, einen Tag vorher anmeldet. Weiterführende befinden sich in einem Zustande, daß sie aller Augenblicke einströmen und damit tagelang keine frische Luft in die Gruben getrieben werden kann.

Die Bergarbeiter kämpfen seit langem energisch dafür, daß Arbeiter, von ihren Kameraden frei gewählt, als Grubenkontrollen in ausreichender Anzahl herangezogen werden; wenn es noch eines Beweises für die Berechtigung dieser Forderung bedürfte — durch diese gerichtlichen Feststellungen über die Beschaffenheit der Schutzvorrichtungen und den jetzigen Stand der Kontrolle wird er erbracht. Gleich sinnfällige aber drängt sich auch wiederum die Notwendigkeit starker Arbeiterkoalitionen auf, deren Wirken nicht durch Polizeigehehe gehemmt wird. Koalitionen, die für menschenwürdige Bezahlung sorgen, damit der Arbeiter nicht um des Hungers willen gezwungen wird, durch Außerachtlassung der Schutzvorschriften sein Leben aufs Spiel zu setzen, die aber auch hinter ihm stehen und ihn vor Maßregelung schützen, wenn er selbst Kontrolle übt und Beachtung der nötigen Sicherheitsmaßnahmen fordert. Denn man mag noch soviel Kontrolle anstellen: die einzig wirksame Kontrolle kommt nur von den in der Fabrik tätigen Arbeitern selbst, und er wird sie üben, wenn er vor Maßregelung geschützt ist. Heute genießt er diesen Schutz nicht und der Justizhauskurs, anstatt diese eminente Kulturleistung zu erfüllen, sucht seine Stärke darin, den Koalitionen noch schwerere Fesseln anzulegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. April.

Aus dem Reichstage.

Ein beschlußfähiges Haus ist im Reichstage eine Seltenheit, heute aber war ein solches veranlaßt. Veranlaßt war der ungeachtet starke Besuch durch die Agrarier von der Rechten, welche zu dem Mittel der Obstruktion greifen wollten, wenn schwacher Besuch dieselbe ansichtslos machte. Dieser Plan fiel nun freilich ins Wasser und ebenso versagte das zweite Verzögerungsmittel, die Verhandlungen durch endlose Reden hinzuziehen. Zwar die „Feber“ der Bimetallisten, der Abgeordnete Dr. Krenndt, versuchte es wiederholt, die Zeit durch ebenso lange wie langweilige Reden tot zu schlagen, aber der allgemein sich geltendmachende Unwille, den diese Redereien hervorriefen und den selbst der Präsident nicht zurückdrängen konnte, zwang schließlich auch diesen Herren, seine Weisheit für sich zu behalten. So wurde es möglich, die ganze Bundvorlage in zweiter Lesung in der heutigen Sitzung zu erledigen.

In längeren Debatten gaben nur die Bestimmungen über die Höhe des Grundkapitals der Reichsbank und über die Privatnotenbanken Anlaß. Seitens der Regierung wurde nur eine Erhöhung des Grundkapitals um 30 Millionen verlangt, die Kommission erhöhte dasselbe um 60 Millionen, den Agrariern ist das aber immer noch nicht genug. Dieselben spekulieren auf leichtere Pumpgelegenheit, je größer das Grundkapital der Reichsbank ist, und deshalb geben sie die Herren päpstlicher als der Papst. Für Erweiterung der Privilegien der Privatnotenbanken traten besonders süddeutsche Abgeordnete ein.

Unsere Fraktion stellte den Antrag, das Maximum der Verzinsung der Reichsbank-Anteile auf fünf Prozent festzusetzen. Die Konservativen beantragten 6 Proz. Beide Anträge wie überhaupt alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt und die Vorlage nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Da von keiner Seite Widerspruch erfolgte, wurde die dritte Lesung der Vorlage auf Freitagmittag 1 Uhr angesetzt. Weiter steht die Novelle über die Strafprozeß-Ordnung auf der Tagesordnung.

Der gestäubte Stumm.

Das Mißgeschick ihres Herrn, des Königs von Saarabien, das ihn im Reichstag am Mittwoch betroffen, hat die „Post“ so tief gebeugt, daß sie eine Erholungsreise ins — Ausland angetreten hat. Sie erzählt in ihrer neuesten Nummer von der Kolonialpolitik Portugals in Ostafrika, von den deutschen Interessen in Ostafrika, von Samoa, von erfüllten Wünschen Bulgariens, von ungeklärten Fragen zwischen England und dem Kongostaat — aber für den armen Stumm hat sie nicht das kleinste Wort des Beileids, der Tröstung, der Aufrihtung übrig. Der Unglücksfall ist ihr offenbar nicht amtlich bekannt geworden. Nicht einmal ein Bulletin über das geistige und körperliche Befinden des Verunglückten erfahren wir aus dem offiziellen Organ der Schirmherrschaft. Dem Redaktionspersonal ist freilich diese Unterlassungsünde zu vergeben: sie wissen nicht, was sie thun — sollen.

Dagegen wüßten die vom Centralverband der Industriellen angekauften Organe, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und die „Berliner Politischen Nachrichten“. „Die sozialdemokratischen Führer werden sich heute vergnügen die von Schwielens wirklicher Arbeit sorgsam gehüteten Hände reiben“, schreiben die „Neuesten“, die plötzlich unter wirklich Arbeiter nur die Sandarbeiter verstehen. Und die „Neuesten“ fahren fort:

„In solcher Weise wie in der heutigen Reichstags-Sitzung sind ihre Interessen noch niemals in einer gelegentlichen Rede von Männern vertreten worden, die man bisher immer noch als Stützen unserer heutigen Wirtschaftsordnung und Mitarbeiter am Gedeihen unserer nationalen Produktion zu betrachten gewöhnt war. Leute, die sich nationalliberal nennen, wollen ihre Hand dazu bieten, daß die deutsche Industrie einer bis in die kleinsten Unterabteilungen von ihnen bereits ausgearbeiteten Organisation überantwortet werden soll, die in kurzer Zeit unter die Vormachtigkeit der internationalen Sozialdemokratie kommen müßte und würde. Das Zukunftsbild, das die genannten Sozialreformer heute von den Zuständen nach Erfüllung ihrer Wünsche anmalen, übersteigt die schärfsten Beschränkungen. Der Trost gegenüber solchen Organen auf dem Arbeitsfelde des sozialpolitischen Dilettantismus ist nur der, daß die produktiven Stände mit einem praktischen Erfolge derselben vorläufig noch nicht zu rechnen brauchen. Der Bundesrat ist war und blieb leer, und die wahren Freunde der Solidarität zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterinteressen werden mit Bewunderung hierin ein Symptom für die abnehmende Haltung der Regierung gegen alle Experimente erblicken dürfen, die mit der Zeit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt ruinieren würden.“

Mit der Politik der Sammlung, so zeteren die „Neuesten“, ist es aus. Die Heyl und Wassermann haben einen Keil in die Schutzgarde des Schutzes des nationalen Profites getrieben:

„Wir haben schon hervorgehoben, welche verheerende Wirkung es haben muß, wenn Mitglieder der nationalliberalen Partei, wenn ein Großindustrieller selbst von Herrschaftsgelüsten der Industrie“ spricht und fragt, ob die Arbeitgeber nicht den Mut haben, mit den sozialdemokratischen Vertretern zu kämpfen? Und wenn der andere nationalliberale Antragsteller ausruft, mit dem „Arbeitgeber-Abolitionismus“ sei es vorüber! Und dann soll man noch die harmlose Detonierung glauben, mit ihren Krüchten hätten die Herren nicht einen Riß zwischen den Staats-erhaltenen Parteien geschaffen, sich nicht den Sozialdemokraten genähert! — Es ist wirklich hoch an der Zeit, daß der selbstverherrlichende Verwirrung und Verlesung im Lager der handverwählten Parteien und der Politiker, die demüthig und ehrlich zum Allgemeinwohl des Deutschen Vaterlandes und zum Schutz der nationalen Arbeit zusammenzutreten wollen, ein Ziel gesetzt werde!“

Die „Neuesten“ scheinen also ein Ansaahwegesetz und eine Justizhandvorlage gegen die — Nationalliberalen für notwendig zu halten.

Ähnlich fahren die „Politischen“ Schweinburgs gegen Herrn v. Heyl los. Sie werfen ihm klägliche Unwissenheit und eine grenzenlose Dummheit vor. In Hessen mögen seine Ansichten wahr sein, im großen deutschen Vaterlande noch lange nicht.

Für uns hat die Kahlbärgerei der Großkapitalisten gewiß kein kleines Interesse. Aber man braucht darum den Familienkrieg der zärtlichen Verwandten nicht zu überschätzen. Es handelt sich im wesentlichen doch nur um einen Eubogenkampf um den Einfluß in der Regierung. Die klügeren Elemente des Großkapitalismus haben eingesehen, welche Stärkung die Gewaltpolitik der Schanzmacher der — Sozialdemokratie schafft und so suchen sie den gerade für ihre Interessen unheilvollen Einfluß Stumms zu brechen. Vielleicht hielt man die Kundgabe der Analfreundschaft Stumms für eine günstige Gelegenheit, den Krieg gegen den Gewaltigen zu eröffnen. Man hielt die Zeit für gekommen, wo es möglich wäre, mit Erfolg gegen die Beste anzurennen. Freilich, ob der gestrige Sturm genügt, um den Vändiger des sozialreformerischen Eifers für immer zu stürzen, das will uns noch zweifelhaft erscheinen.

Das Portal des Umsturzes.

Die Anregung des Vorsitzenden des Bezirksausschusses, Kohler, den Frieden zwischen Stadt und Besörde in Sachen der „Ehrung der Würdigen“ dadurch zu befestigen, daß ein festlicher Triumphzug durch ein von allen revolutionären Reimen befreites, in jeder Beziehung gründlich sterilisiertes Reichsportal veranstaltet wird, hat bei einem Teil des Magistrats die verständnißvolle Würdigung gefunden. Diese Herren wägen bereits im Geiste Friedensoden und Preisgesänge. Indessen diese Preisfertigen bilden — merkwürdigerweise — diesmal nicht die Mehrheit. Es scheint in der That dafür gesorgt, daß der Berliner Fortalkrieg noch ein Gegenstand des haager Friedens-Kongresses sein kann.

Die Mehrheit des Magistrats, und darunter Mitglieder von entscheidendem Einfluß, halten es für schlechterdings unmöglich, daß der Magistrat einseitig den Portaleuwurf abändern könne. Der Entwurf beruhe, so argumentiert man, auf einem Gemeindefest, und der Magistrat könnte nur mit Genehmigung der Stadtverordneten einen abgeänderten Entwurf ausführen lassen. Da aber keine Aussicht vorhanden ist, daß sich in der Stadtverordneten-Versammlung eine Mehrheit für ein solches Anstehen finden würde, so hat der Magistrat auch keine Neigung, seinerseits einen „abgeschwächten“ Entwurf vorzulegen.

Nebenbei mag den Magistrat auch die Ueberzeugung leiten, daß ein schmuddelhaftes, jede „Verherrlichung der Revolution“ verleugnende Barwert überhaupt nicht ausführbar ist. Man läßt dann eben zu einer Verhöhnung der toten Märtyrer.

Wenn im Magistrat endlich ein Gefühl für die Art der Verhandlung erwacht, die man ihm ausgeben läßt, so würde der aus diesem Bewußtsein notwendig erwachende Trost sicherlich mehr Eindruck auf die Selbstverwaltungs-Umsitzerler machen, als die ängstliche Nachsichtigkeit, der er sich bisher befehligt hat.

Deutsches Reich.

Sozialdemokratie und Verleslich-Kongress.

Die „Soziale Praxis“ stellt gegenüber der Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion über die Nichtbeteiligung des Sozialkongresses fest, daß man im Vereine derjenigen, welche zu der Versammlung eingeladen haben, der Ansicht war, daß die Einladungen nicht an politische Parteien als solche zu richten wären, sondern an einzelne Persönlichkeiten der verschiedenen sozial-politischen Richtungen, die sich besonders für die Frage des geschlichen Arbeiterschutzes interessieren. Demgemäß ist an keine der politischen Parteien eine Einladung ergangen, also auch nicht an die sozialdemokratische. Was die Auswahl der einzelnen der Sozialdemokratie angehörigen Persönlichkeiten anlangt, so fiel dieselbe auf die Herren Kollmann und Sturm, von denen dem einen als Mitglied der Kommission für Arbeiterstatistik, dem anderen als Spezialist der Fraktion für die Verichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten besondere Sachkunde und besonders Interesse für die Fragen des Arbeiterschutzes zuzusprechen waren, ferner auf die vier Gewerkschaftsführer Leiden, Hamburg, Millarg, Berlin, Segitz, Nürnberg und Limm, München, weil man annahm, daß die von ihnen vertretenen Organisationen als die entwickeltesten anzusehen wären und sie selbst besonderes Interesse an der zu behandelnden Frage nehmen würden. Daß die Zahl der an Persönlichkeiten sozialdemokratischer Richtung gerichteten Einladungen nicht größer bemessen worden ist, beruht auf der Auffassung, daß die Zahl der Teilnehmer an der Verhandlung überhaupt beschränkt werden müßte, um die Verhandlungen zu einem brauchbaren Resultat zu führen.

Wenn in einzelnen Fällen an Vorkämpfer von Vereinen und Verbänden, nicht an Vorkämpfer politischer Fraktionen, mehrere Einladungen gerichtet worden sind mit dem Anheimgeden, sie an Mitglieder ihrer Vereine weiterzugeben, so geschah dies lediglich aus dem Grunde, daß den Einladenden nicht bekannt war, welche Mitglieder dieser Vereine sich besonders für die Fragen des Arbeiterschutzes interessieren.

Diese Ausführungen begründen unsere Ablehnung noch kräftiger als selbst die Fraktionsklärung. Man wollte eben nicht zu viel Sozialdemokraten auf dem Kongress haben, und wie Herr v. Verleslich als Parole ausgab, vor allem nicht die „Führer“, d. h. die politischen Führer.

Der Bundesrat hat am Donnerstag, den 27. d. M., eine Sitzung gehabt, in der einer ganzen Anzahl von Vorlagen die Zustimmung erteilt wurde. Die Justizhandvorlage war unter den Entwürfen nicht enthalten!

In dem national-sozialen Verein, dieser Partei der Zukunft, die auf dem Wasser liegt, ist ein Mann über Bord gesprungen. Der frühere Pastor Göhre ist ausgeschieden. „Er will“, so sagt die „Post“, „seine eigenen Wege gehen und niemand hat das Recht und die Macht, einen solchen Willen zu hindern.“ Aber nur getrost, der Kurs der Zukunftspartei bleibt der alte.

Wohin die Wege führen, ob rechts oder links, verrät die „Post“ nicht. Der Verlust ist um so schmerzlicher, als der Verein, der im wesentlichen nur aus „Vorstand“ besteht, von seinen Führern

nicht allzu viele verlieren darf, wenn er mehr als ein Stat-Triumvirat bedeuten soll. Das Liebeswerden um Verleslich wird jetzt verständlich. Man möchte Erbschaften schaffen.

Eine neue Juggattung. Es giebt Güterzüge, es giebt Personenzüge, es giebt Schnellzüge, es giebt Harmonika-Züge, es giebt Luxuszüge. Eine ganz neue Juggattung scheint mit dem Sommerfahrplan in Kraft treten zu sollen. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir nämlich:

„Der neue D-Zug der kaiserlichen Prinzen zwischen Kiel, Plön und Berlin über Eutin und Lübeck erscheint jetzt zum erstenmal im Sommerfahrplan. Er verläßt Kiel um 2.57, Plön um 3.40 nachmittags und findet über Eutin, Lübeck und Rastenburg Anschluß in Hagenow an den Hamburg-Berliner D-Zug um 6.04 abends, so daß er um 8.40 abends auf dem letzten Bahnhof zu Berlin eintrifft. Die 308,9 Kilometer lange Strecke legt er demnach in 5 Stunden und 43 Minuten zurück. Der Gegenzug verläßt Berlin 1.14 mittags und trifft, nachdem er nur in Wittenberge gehalten hat, um 8.42 in Hagenow ein. Der Anschlußzug geht dort um 8.52 ab, um 6.04 in Plön, um 6.42 abends in Kiel einzutreffen. Der neue Durchgangszug fährt nur erste und zweite Klasse.“

Was ist das, ein D-Zug der kaiserlichen Prinzen. Herr Verleslich? gehören diese Züge zu den verbotenen Einrichtungen oder bedürfen sie Subvention aus Staatsmitteln? —

Autismische Richter. Auf die Umfrage an die älteren Richter über ihre Bereitwilligkeit zum Uebertritte in den Ruhestand bei Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches sollen sich mehr als die Hälfte bejahend ausgesprochen haben. Es würden dadurch Mehrkosten von etwa 4 Millionen Mark entstehen. Die betreffende Vorlage soll dem Landtage in den nächsten Wochen zugehen.

Die Sozialpolitik in den Staatsbetrieben ist bekanntlich über alle Zweifel erhaben und wer demnach daran zweifelt, ist ein Sozialdemokrat, der alles vaterländischen Sinnes, alles Gefühls für Wohlthaten hat. Wir erlauben uns, trotz dieser Enttäuschung unserer offiziellen Sozialpolitik, als völlig hartgeleitete Sünder an der Unübertrifflichkeit der offiziellen Sozialpolitik zu zweifeln und uns das Recht zu nehmen, sie zu kritisieren. Wir sind auch heute wieder in der Lage, an einem Akt der Wohlthat wahrer Sozialpolitik anzulegen. Die dem Nordd. Volkshilf. mitgeteilt wird, sind im Maschinenbau der kaiserlichen Werft zu Wilhelmshaven eine Anzahl alter Arbeiter, die zwanzig und mehr Jahre im Dienste der Werft geschwitzt haben, Lohnabzüge angelündigt worden. Dabei sollen mehrere davon, wie jüngere Arbeiter ihre Arbeit verrichten. Diese Lohnreduktionen, so bemerkt das genannte Blatt hierzu, wird doch nun niemand als eine sozialpolitische Großthat ansähen wollen angesichts der Millionen, die wir in Preußen-Deutschland für Offiziers- und Beamtenpensionen ausfinden und auszahlen. Können solche alte Arbeiter ihre Arbeit nur halbwegs verrichten, so lasse man ihnen den zuletzt erreichten Lohn und sind sie invalide geworden und arbeitsunfähig, so gebe man ihnen eine Pension, die den dem Vaterlande geleisteten Diensten entspricht und sie vor Mangel schützt. Was jetzt gegeben wird, ist in den meisten Fällen ungenügend.

Nicht minder grotesk ist ein sozialpolitischer Gnadenakt, der den Magazinarbeitern, welchen die Materialausgabe obliegt, zu teil geworden ist. Sie gehören eigentlich unter die Kategorie der Handlanger. Diese beginnen bekanntlich mit einem Tagelohn von 2.40 M., der bis 3 M. steigt. Der Posten eines Materialausgebers erfordert einige Intelligenz und ist nicht ohne Verantwortlichkeit. Diese haben denn nun um eine höhere Entlohnung lange Zeit petitioniert, endlich mit Erfolg. Es wurde eine neue Lohnklasse eingerichtet mit 3.20 M. Alle Materialausgeber hoffen nun, die Zulage von 20 Pf. zu bekommen, doch hatten sich viele unvorsicht gestreut. Der Bureaukrat, dessen Amtes die Verteilung dieser von einem hohen Reichs-Marine-Amt gnädigst bewilligten Zulage ist, hat zunächst drei Vorarbeiter, die mit der Materialausgabe nichts zu thun haben, mit der Zulage beglückt, so daß nun von den 25—30 in betracht kommenden Materialausgebern ganze 9 Mann bedacht. Dabei sind solche zunächst bedacht worden, die erst 2—3 Jahre da sind, während solche überangeworben worden sind, die 10—20 Jahre den Materialausgabeposten besetzt haben. Das Reichs-Marine-Amt ist sicher unschuldig an dieser Verteilung seines Segens; aber sie ist wieder bezeichnend für das sozialpolitische Verständnis und das „gute Herz“ unserer Werkbureokratie.

Ueber den Fall Ziechen sprach am Mittwoch in einer von der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, Abteilung Jena, einberufenen öffentlichen Versammlung, die von etwa 200 Personen, Frauen und Männern aus allen Kreisen der Bevölkerung besucht war, Rechtsanwalt Dr. Victor Kränkel aus Berlin. In der Diskussion sprach sich Schriftsteller Ziechen im Sinne des Referenten aus. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Versammlung ihre Ueberzeugung dahin anspricht, daß es Pflicht der preussischen Justizverwaltung ist, dem Wiederannahme-Verfahren in Sachen Ziechen von Amts wegen näher zu treten.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung am Geburtsstage des Kaisers ist in Dortmund und der Bergmann Herlinghaus aus Bergshofen zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Durchführung der Beschlüsse der Anti-Anarchistenkonferenz.

Aus Rom wird der „Intern. Korresp.“ berichtet: Die Regierung, welche an der Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus teilgenommen haben, hatten sich bereit erklärt, diejenigen Beschlüsse, welche die internationale Ueberwachung bekannter Anarchisten und anarchistischer Vereinigungen betreffen, mit dem 15. Mai 1899 in Kraft treten zu lassen. Es kam hierbei hauptsächlich in Frage, in welcher Art der regelmäßige Austausch der gemachten Beobachtungen vorzunehmen werden sollte; ferner in welcher Weise eine möglichst gleichmäßige Ueberwachung der Ueberwachungsbeamten in den einzelnen Ländern durchzuführen sei. Die italienische Regierung hatte es übernommen, hierfür Normalbestimmungen anzubereiten und dieselben den übrigen Regierungen rechtzeitig zu unterbreiten, damit im Mai die entsprechende Ueberwachungsbekanntmachung beginnen könne. Derartige Verhandlungen haben nun auch während der letzten Wochen zwischen den beteiligten Regierungen stattgefunden, so daß das Inkrafttreten eines gemeinsamen Reglements im nächsten Monat wohl erfolgen dürfte.

Ausland.

Englisch-russische Beziehungen.

Die Londoner „Times“ veröffentlicht einen geheimen Bericht des russischen Finanzministers Witte an das Ministerkomitee über die englisch-russischen Handelsbeziehungen. Der Bericht besagt, England sei der einzige Markt, auf dem Rußland einen Ausgleich für die gegenwärtige Depression seiner Landwirtschaft finden könne. Zudem könne England ebenso sehr als Markt für die Unterbringung russischer Anleihen in Betracht. Solch ein Markt sei England auch vor den Wirren an der afghanischen Grenze gewesen; diese Anleihen hätten aber Rußland gezwungen, seine Anleihen in Berlin unterzubringen und später unter dem Druck der politischen Veränderungen in Frankreich. Bezüglich dieses letzten Punktes glaubt der Finanzminister nicht, daß man große Hoffnungen für die Zukunft hegen könne. Frankreich finde, nachdem es Geld in russischen Werten angelegt habe, es überflüssig, weiter zu geben. Frankreich verleihe im Gegenteil die Zinsen seiner Märkte fest vor Rußland durch Schutzzölle, während es bestrebt sei, seine Waren nach Rußland zu exportieren. Diese Erwägungen hätten ihn (Witte) veranlaßt, der Lage des englischen Marktes besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Danach scheint es doch, als ob Rußland sich mit seinem Gegner in Ostasien vertragen wolle, um dabei desto bessere Geschäfte zu machen.

Samao.

Von neuen Kämpfen auf Samao wird berichtet: Wie dem „Neuerischen Bureau“ über England aus Apia vom 18. ds. Mit. gemeldet wird, fand zwischen Abteilungen der Anhänger Matafafa und derjenigen Tanas ein Gefecht statt. Gegen 20 Personen wurden getötet oder verwundet; unter denselben befand sich kein Europäer.

Eine amtliche Berliner Meldung aus Apia vom 18. ds. Mit. besagt: Nach Eintreffen der letzten Post hat das amerikanische Kriegsschiff „Philadelphia“ den Hafen von Apia verlassen und sich nach dem amerikanischen Vertragshafen Pago-Pago begeben. Die englischen Kriegsschiffe setzten allein die Beschießung samoanischer Strandbatterien an der Nordküste von Apia fort. An Land finden keine Besuche statt. Am 17. kam es 8 Meilen von Apia zu einem Zusammenstoß, der mit Rückzug der Kamaleute endigte. Tote und Verwundete etwa 70. Kein Europäer verletzt. Eine in Reserve liegende englische Abteilung nahm am Kampfe nicht teil.

Frankreich.

Drehtisch-Affäre. Paris, 27. April. Den Blättern zufolge verlautet, daß der Kriegsminister Freycinet du Pathy de Clam nicht die Ermächtigung gewähren wolle, vor dem Kassationshofe als Zeuge auszusagen. Freycinet halte du Pathy de Clam für einen disqualifizierten Zeugen, der vor einem Kriegsgesicht demüthigt als Angeklagter erscheinen könnte. Dem „Figaro“ zufolge beschuldigen die Militärbehörden sogar, du Pathy de Clam verhaftet und gegen ihn die gerichtliche Verfolgung einzuleiten zu lassen. Gerüchtesweise verlautet, daß der Kassationshof über die Weigerung Freycinets sehr überrascht sei und darauf bestehen wolle, daß du Pathy de Clam als Zeuge vernommen werde.

England.

London, 27. April. Der Erste Lord der Admiraltät, G. O. S. hielt gestern auf dem Mittagmahle der Institution of Engineers, welches alljährlich stattfindet, eine Rede, in welcher er erklärte, daß in diesem Augenblicke vom politischen Horizont alle drohenden Wetterwolken geschwunden seien. „Was Rußland betrifft“, führte der Redner aus, „so denke ich, daß wir mit diesem zu einem freundschaftlichen Verständnisse gelangt sind, mit D e n t s c h l a n d haben wir ein freundschaftliches Abkommen abgeschlossen und mit Frankreich konnten wir, ohne hier noch dort die nationalen Gefühle zu verletzen, über eine höchst delikate und schwierige Frage eine würdige Verständigung erzielen.“

Italien.

Die Deputirtenkammer nahm noch einigen vom Ministerpräsidenten Pellouz abgegebenen Erklärungen mit Zustimmung Beilaut, den Antrag Zanettis an, durch welchen beschlossen wurde, den Anlauf von Schiffen im Auslande einzustellen, bis die Beratung des Marinebudgets beendet ist.

Der Justizminister Finocchiaro Aprile bringt eine Vorlage betreffend den obligatorischen Vortrang der Zivilstrafe vor der religiösen ein. Die Dringlichkeit der Vorlage wird angenommen.

Asien.

Russische Festsicherung in Persien. Der alte Wunsch Rußlands, an der persischen Südküste einen Hafen zu gewinnen, soll sich jetzt erfüllt haben. Es verlautet, die persische Regierung habe den wichtigen Hafen Bender-Abbas an Rußland überlassen. Bender-Abbas liegt an der Ormuz-Strasse, welche das persische Binnenmeer mit dem arabischen Meer und indischen Ozean verbindet. Diese Hafensicht beherrscht also den Zugang zu der arabischen und persischen Küste des persischen Golfs und zu den Mündungen der großen Ströme Euphrat und Tigris. Den Engländern, die sich kürzlich auf dem arabischen Meer festgesetzt haben, wird das neue Gegenüber des russischen Rivalen wenig behagen. Es zeigt sich, daß die russische Politik am Hofe von Teheran den englischen Einfluß überflügelt hat.

Amerika.

Die Rede des Kapitäns Coghlan scheint nun geführt zu sein. Präsident Mac Kinley empfing am Mittwoch den deutschen Vorkämpfer Dr. v. Holleben. Der Präsident sprach Herrn v. Holleben seine Abbilligung des Beschlusses Coghlands aus und ermahnte den Vorkämpfer, dem deutschen Kaiser und der kaiserlichen Regierung die Versicherung seiner freundschaftlichen Bestimmungen zu übermitteln. Coghlan soll einen offiziellen Beweis erhalten.

Durch diese vernünftige Erledigung der Angelegenheit entgeht unsern „Amerikanischen“ wieder die seltene Gelegenheit, die Gesandte der Vereinigten Staaten aus den Kanonen deutscher Panzerschiffe beschießen zu sehen.

Von den Philippinen. Das siegreiche Eindringen der Amerikaner in die Stadt Calumpit ist bereits gemeldet. Der General Otis berichtet weiter über die Affäre: Die Division McArthur nahm den südlich des Flusses gelegenen Teil von Calumpit ein. Die Operation war wegen der Dürre, der Hitze und starker Verschmutzungen mit Schwierigkeiten verbunden. Die Verluste McArthurs fielen sich auf drei Tote und elf Verwundete.

Aus einer anderen Quelle verlautet, es sei den Philippinern, trotz der stetigen Beobachtungsfahrten der nordamerikanischen Kriegsschiffe in der ersten Aprilwoche gelungen, von Japan aus große Mengen von Schießbedarf, 20 000 neue Gewehre und zehn Feldgeschütze zu erhalten. Auch verfüge Aguinaldo über größere Gelddepots im Auslande, so daß er in der Lage sei, noch weitere Sendungen von Waffen und Patronen zu beschaffen.

Auf eine Befreiung der spanischen Gefangenen hofft man in Madrid kaum noch, da Aguinaldo dieselben nur gegen sofortige Zahlung des Lösegeldes (sieben Millionen Dollars) freigeben will und die Vereinigten Staaten die Auszahlung einer solchen Summe nicht zulassen wollen, — die Spanier sie vermutlich auch nicht zur Verfügung haben.

Der Tribut der ärmeren Bevölkerung für die preussische Klassenlotterie.

Die Klassenlotterie besteht in Preußen seit dem Jahre 1703. Von 1767 an wurde sie für den Staat monopolisiert, aber vorläufig höchstens zur Ausnutzung überlassen. Seit dem Jahre 1794 nahm sie der Staat zunächst zu stromen Zwecken in die eigene Verwaltung. Das Lotterie-Geld vom 23. Mai 1810 — noch heute die gesetzliche Grundlage der preussischen Klassenlotterie — befreite das Zahlenlotto endgültig. Seit 1832 besteht nur mehr die Klassenlotterie.

Gegenwärtig werden in Preußen jedes Jahr zwei Lotterien mit je vier Ziehungen (Klassen) abgehalten. Seit dem Jahre 1892/93 werden für jede Lotterie 190 000 Stammlose und 85 620 Freilose ausgegeben. Die Zahl der Gewinne beläuft sich auf 8000 in der ersten, 10 000 in der zweiten, 12 000 in der dritten und 65 000 in der vierten Klasse, also im ganzen auf 95 000. Der niedrigste Gewinn beträgt in der ersten Klasse 60, in der zweiten 105, in der dritten 155, in der vierten 210 M., der höchste Gewinn in der ersten Klasse 80 000, in der zweiten 45 000, in der dritten 60 000 und in der vierten 600 000 M. Diese Gewinne werden aber vermindert durch die Abzüge. Von allen Gewinnen werden zusammen 15 1/2 Prozent für die General-Lotterielasse und für die mit dem Vertriebe der Lose betrauten Einnehmer abgezogen. Bis zum Jahre 1888 bezog der Staat 12 1/2 Prozent, der Einnehmer 2 Prozent. Seit der Gewinnprovision der Einnehmer zu Gunsten des Gewinnanteiles des Staates in der Art herabgesetzt, daß jeder Einnehmer von dem Gewinnbetrage seiner Kollekte bis zu 32 200 M. 2 Prozent, von dem Mehrbetrage 1 1/2 Prozent erhält. Um aber die Gewinne höher

erscheinen zu lassen, als sie in Wirklichkeit sind, werden sie ihrem vollen Betrage nach, ohne den Abzug zu erwähnen, angegeben.

Eine Reihe von Maßregeln verfolgen den Zweck, der öffentlichen Verschönerung zum Spiele entgegenzuwirken und dieses sowohl als möglich auf die wohlhabenden Klassen zu beschränken. So ist es den Einnehmern der Staatslotterie nach den Vorschriften der Rabinetsordre vom 21. Juli 1841 bei Strafe der Entlassung untersagt, mündlich oder schriftlich zum Lotteriespiel aufzufordern, ohne vorhergegangene Bestellung Lose persönlich oder durch einen Dritten anzubieten oder zu überlassen, sowie Privatkommissionen anzunehmen. In der Verfassungsanweisung vom 1. August 1876 ist ihnen außerdem verboten, Lose an Personen zur Vermittlung an Vereinigungen zum gemeinschaftlichen Spiele zu überlassen oder Anteilnahme auszugeben. Ebenso wenig dürfen sie selbst sich mit der Einleitung derartiger Compagniespiele befassen und müssen sich auch des eignen Spiels mit den ihnen überwiesenen Lose enthalten. Demselben Gedankenkreise gehört schließlich das im Jahre 1891 beschlossene Gesetz über das strafrechtliche Verbot des Privathandels mit Staatslotterielosen an.

Daß man es hier vielfach mit gutgemeinten aber wohl wenig wirksamen Schutzbestimmungen zu thun hat, ist leicht zu erkennen. Welchen Wert soll beispielsweise die offenbar im Interesse des Maßhaltens im Spiel getroffene Bestimmung haben, daß der Regel nach an dieselbe Person nicht mehr als drei ganze Lose verkauft werden sollen? Wie will der Einnehmer feststellen, ob nicht ein anderer für diese Person noch einige Lose zu dreien kauft? Diefelbe Bedeutung dürfte auch der Bestimmung zukommen, wonach die Einnehmer nicht Lose an Personen abgeben sollen, die Compagniespiele veranstalten.

Die preussische Finanzverwaltung scheint allerdings an die volle Wirkung dieser Anordnungen zu glauben. So erklärte der Regierungskommissar bei der Beratung des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1886/87, es sei im Jahre 1883 durch amtliche Erhebungen festgestellt worden, daß in sämtlichen Staatslotterie-Kollekten etwa 97 1/2 Prozent der debilitierten Lose von Personen der wohlhabenden Klassen gespielt wurden, nämlich nur 2 1/2 Prozent auf minder wohlhabende Spieler entfielen. Da diese Statistik nicht veröffentlicht wurde, ist es schwer, sich einen Begriff zu machen, auf Grund welcher Kriterien die Finanzverwaltung die Scheidung zwischen wohlhabenden und minder wohlhabenden Spielern vorgenommen hat und wie sie schließlich zu dem angegebenen Verhältnis gelangt ist. Jergend einen Wert wird man dieser Statistik wohl nicht beimessen können; sie scheint zu jener Sorte von Statistik zu gehören, die stets beweist, was sie beweisen will.

Dafür spricht die Thatsache, daß mir für das Jahr 1893 eine auf amtlichen preussischen Quellen beruhende Statistik über denselben Gegenstand vorliegt, wonach in diesem Jahre 31,17 Prozent der Lose an minder wohlhabende Personen*) abgesetzt wurden. Die Verteilung auf die einzelnen Provinzen zeigt der folgende Ausweis:

Provinzen	Zahl der abgesetzten Lose	An minder wohlhabende Personen abgegeben	In Prozenten
Ostpreußen	8 005	2 018	24,93
Westpreußen	7 250	2 630	36,28
Brandenburg mit Berlin	50 809	18 710 1/2	36,85
Pommern	8 510	2 845	33,43
Polen	8 195	1 749	21,23
Sachsen	25 003	8 005	31,40
Sachsen	15 075	4 605	30,54
Schleswig-Holstein	4 070	1 117	27,42
Hannover	6 990	1 518 1/2	21,59
Westfalen	11 875	3 820	32,17
Sachsen-Kassau	11 883	2 293	19,29
Rheinprovinz m. Hohenzollern	34 145	11 753	34,42
Zusammen	190 000	59 214	31,17

Die amtlichen Erhebungen ergaben überdies die bemerkenswerte Thatsache, daß die meisten Abschnitte der an minder wohlhabende Personen abgegebenen Lose von mehreren gemeinsam gespielt werden. In Sachsen und Hessen-Kassau, besonders aber in der Rheinprovinz, wird oft eine größere Zahl von Polen an Spielgesellschaften verpackt, so daß bis zu hundert Personen an einem Losabschnitt beteiligt sind. Unter solchen Umständen wird man von einer Beschränkung des Spiels in der Klassenlotterie auf die wohlhabenden Volksklassen ernstlich wohl nicht sprechen können. Fürcht man schließlich nach der Gewinnhoffnung bei der preussischen Klassenlotterie, so kommt man zu überraschenden Ergebnissen. Zu Gunsten dieser Lotterie wird immer wieder angeführt, daß auf die Hälfte sämtlicher ausgegebenen Lose Gewinne fallen. Damit ist allerdings noch keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die Spieler dabei besser fahren, als bei anderen Glücksspielen. Denn wenn man nach dem Hoffnungswerte eines Loses dieser Lotterie fragt, so stellt sich das Verhältnis ganz anders dar.

Wie nämlich eine von sachmännischer Seite angestellte Berechnung ergibt, ist die Gewinnhoffnung bei der preussischen Klassenlotterie zumal für die vor der vierten Klasse austretenden Spieler weit geringer als beim österreichischen Zahlenlotto, ja sogar geringer als bei dem von allen modernen Glücksspielen die schlechtesten Chancen bietenden Bromespielen.

Ein Spieler, der nach der ersten Klasse austritt, hat nämlich den Wert seiner Gewinnhoffnung mehr als 17 mal, der nach der zweiten Klasse austritt, mehr als 10 1/2 mal, der nach der dritten Klasse austritt, mehr als siebenmal überzahlt.

Erst bei der vierten Klasse tritt ein Verhältnis ein, das günstiger ist, als bei den Bromespielen, aber noch immer ungünstiger als beim unbestimmten Auszuge im österreichischen Zahlenlotto.

Wer nämlich alle vier Klassen mitspielt, bezahlt seine Gewinnhoffnung nur 1,88 mal. Im österreichischen Zahlenlotto dagegen wird die Gewinnhoffnung

beim unbestimmten Auszuge	1,20 mal,
beim bestimmten Auszuge	1,34 mal,
beim Ausbe	1,67 mal und
beim Terno	2,45 mal

bezahlt, so daß, wer nach der ersten Ziehung der preussischen Klassenlotterie austritt, beiläufig siebenmal schlechter daran ist, als wer auf die ungünstigste Spielart des österreichischen Zahlenlotto, den Terno, setzt.

Parlamentarisches.

Der neue Zeitungstarif. In der Reichstags-Kommission für die Postnovelle stand Donnerstag der Zeitungstarif zur Beratung. Nach der Regierungsvorlage soll die Gebühr betragen: a) 10 Pf. für jede Bezugszeit ohne Rücksicht auf deren Dauer; b) 15 Pf. jährlich für das wöchentlich einmalige oder selteneres Erscheinen, sowie 15 Pf. jährlich mehr für jede weitere Ausgabe in der Woche; c) 10 Pf. jährlich für jedes Kilogramm des Jahresgewichts, mindestens 40 Pf. jährlich für jede Zeitung. Die Abg. Eichhoff und Müller-Sagan (fr. B.) beantragen, dieser Fassung zuzustimmen, außerdem aber folgenden Zusatz: „Für jedes Erscheinen in der Woche wird ein Kilogramm freigegeben.“ Ferner soll die Vergütung für Selbstverpackung der Zeitungen auf 10 Pf. (statt auf 5, wie die Vorlage vorsieht) für je 100 verpackte Zeitungsummern festgesetzt werden. — Abg. Gahendy (Z.) schlägt vor 10 Prozent vom Abonnementspreise; 10 Pf. jährlich für jedes wöchentliche Erscheinen und 5 Pf. für jedes Kilogramm des Papiergewichts, das innerhalb eines Jahres das Normalgewicht übersteigt. Abg. Dr. Certeel-Sachsen (L.) schlägt vor: 1. 20 Prozent des Abonnementspreises für wissenschaftliche und fachliche Monats- und Wochenblätter, die höchstens zweimal wöchentlich erscheinen; 2. für politische und andere öfter erscheinende Zeitungen a) 10 Prozent vom Abonnementspreis, b) 8 Pf. jährlich für jedes wöchentliche Erscheinen, c) 8 Pf. für jedes Kilogramm, das das Normalgewicht übersteigt. Das Normalgewicht soll 1 Kilogramm

jährlich für jede wöchentliche Ausgabe übersteigen. Dr. Certeel meint, die Post müsse entgegenkommen zeigen, wenn sie auf das Zustandekommen des Gesetzes rechte. Die jetzige Vorlage bedeute die schwerste Belastung der kleinen Provinzpresse und eine Entlastung der feineren, reichen, gut fundierten Zeitungen. Darum sei die Vorlage unannehmbar. Erscheinungshäufigkeit und Gewicht müssen als Maßstab bei der Abgabe an die Post berücksichtigt werden, ebenso müsse der Bezugspreis maßgebend sein. Ein Vorschlag treffe nach genauer Berechnung die kleineren und kleineren Blätter an, wenigstens, dafür aber mehr die großen Annoncenblätter. Die Mehrermehnen der Post insolge seines Antrages betragen allerdings nur 100 000 M., würden aber auf 400 000 M. steigen, wenn man die unpolitischen Wochen- und Monatsblätter beim seitherigen Tarif belasse, wie es der Buchhandel wünsche. Abg. Dr. Marcour (Centr.): Es müsse dafür gesorgt werden, daß die Post mehr Einnahmen habe, nur diese die mittlere und kleine politische Presse nicht belastet werden, wie es in der Regierungsvorlage geschehe. Es müsse ein Ausweg gesucht werden. Ein erwägenswerter Gedanke sei vielleicht die Einführung des Zontarifs für die Zeitungsbeförderung. Das ergäbe etwa 1/2 Million Mehreinnahmen für die Post und träge gerade die farblose billige Presse. Abg. Eichhoff (fr. B.): Die Regierungsvorlage sei im Prinzip gerechter als der seitherige Zustand, die ersten politischen Blätter würden durch die Vorlage gewinnen, das liege auch im Interesse der Journalisten. Die Reichspost habe bereits 47 Millionen Ueberzähl und brauche nicht noch an den Zeitungen zu verdienen. Staatssekretär v. Pöbelski: Darüber herrscht Uebereinstimmung, daß der seitherige Tarif nicht mehr der Gerechtigkeit entspricht, aber bei der Divergenz der Meinungen ist es sehr schwer, es allen recht zu machen. Die Neuverteilung läßt sich nicht mehr aufschieben, die Verhältnisse werden immer schlimmer. Amerika bietet ein warnendes Beispiel dafür, wohin ein falscher Zeitungstarif führt. Die Post kann keinen Unterschied machen zwischen politischen und unpolitischen Blättern, wie Dr. Certeel vorschlägt. Auf Abschiebe unserer Forderungen sind wir immer gefaßt, aber es liegt doch hauptsächlich ein Mißverhältnis vor zwischen den Kosten der Zeitungsbeförderung und der Beförderung anderer Artikel durch die Post. Die Post will nur für ihre Leistungen bezahlt werden. Der Ueberzähl von 47 Millionen verringert sich bei näherem Zusehen wesentlich. Die Beschlüsse der Papierindustrie gegenüber dem neuen Tarif seien stark übertrieben. Eine Gleichstellung der Zeitungen mit den Paketen ist unhaltbar. Die Pakete gehen mit langsamen, die Zeitungen mit Schnelligkeit. Die Beförderung der Pöge durch die Zeitungen, z. B. in Berlin, sei kolossal. Ein Zontarif würde die Sache noch komplizierter und schwieriger machen. Abg. Diez (Soz.) steht der Vorlage ganz objektiv gegenüber, da die Arbeiterpresse durch Annahme des Gesetzes nicht geschädigt werde. Es empfehle sich vielleicht eine Kombination. Die Einschreibgebühr wäre zu streichen und zu ersetzen durch einen fünfprozentigen Satz vom Einkaufspreis. Ferner erscheine richtig, 10 Pfennig für das jedesmalige Erscheinen in der Woche und 10 Pf. für jedes Kilogramm des Jahresgewichts mit 1 Kilo freigegeben. Die Beilagegebühren sei beizubehalten. Die Verpackung sei Sache des Verlegers. Mit diesen Modifikationen sei die Vorlage annehmbar. Abg. Dabach (C.) empfiehlt den Zontarif und schlägt vor, die ganze Frage der Zeitungsbeförderung einer Subkommission zu überweisen. Direktor im Reichspostamt Kräfte erklärt, daß die Postverwaltung, obgleich sie prinzipiell gegen die Erhebung eines Prozentzuges vom Preise der Zeitungen sei, in diesem Punkte nachgeben würde, wenn die Mehrheit sich in diesem Sinne entscheide, nur müsse der Prozentzug höher sein, als die vorgeschlagenen Sätze. Die Post wolle beim Transport der Zeitungen nur auf ihre Kosten kommen, dazu müsse sie etwa 1 Million mehr einnehmen als bisher. Die Entschädigung des Verlegers für das Verpacken der Blätter sei vorgeschlagen worden, um die Postbeförderung zu vereinfachen. Wenn die Post nur auf ihre Kosten komme, werde sie bereit sein, jedem Vorschlage zuzustimmen, um eine Verständigung herbeizuführen. Abg. Dr. Certeel ändert seinen Antrag nun dahin, daß er den Unterschied zwischen politischen und unpolitischen Zeitungen fallen läßt. Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. B.) erklärt sich gegen die Erhebung eines Prozentzuges vom Abonnementspreise. Das würde nur zur Verschlechterung der Presse beitragen und der Reichsadel dürfe nicht in Anspruch genommen werden zu Liebesgaben an die Annoncenblätter. Die Erhebung eines Prozentzuges vom Abonnementspreise sei dauernd unhaltbar. Der Zontarif sei unmöglich. Der Antrag Dabach auf Einsetzung einer Subkommission wird darauf abgelehnt. Die Beratungen sollen Freitag fortgesetzt werden.

Die Kommission zur Ausschmückung des Reichstagsgebäudes nahm Kenntnis vom Rücktritt des Geheimrats Professor Wallot. Man will bemerkt sein, trotzdem freundschaftliche Beziehungen mit ihm aufrechtzuerhalten. Dann beschloß die Kommission mit der Angelegenheit des Studischen Wildes. Es wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Reichstaghof des Deutschen Reiches die Auszahlung der vom Maler Stud berechneten Summe jedenfalls beanstanden würde, da das Bild nicht dem Auftrage entspreche. Es soll versucht werden, auf gutlichem Wege zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Der Mittelrand-Kanal. In der Donnerstag-Sitzung der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses wurde die Beratung der wirtschaftlichen Bedeutung des Rhein-Elbe-Kanals fortgesetzt, ohne daß bemerkenswerte neue Momente vorgebracht wurden. Minister Thielen lud die ganze Kommission ein zur Besichtigung des Dortmund-Kanals, der überlasteten Bahnhöfe etc. Die Reise soll Donnerstag, den 4. Mai, morgens 7 1/2 Uhr, vom Bahnhof Friedrichstraße mit einem Sonderzuge angetreten werden und drei Tage beanspruchen. Am Sonntag sollen eventuell die Thalpersen beschäftigt werden. Die Einladung wurde ohne Widerspruch dankend angenommen.

Partei-Nachrichten.

Maisier. Die Baubildhauer Dresdens beschloßen einstimmig, den 1. Mai durch Arbeit zu feiern.

Der geplante öffentliche Umzug zum 1. Mai wurde in Altona verboten, während er in Hamburg ungehindert stattfinden darf. Auch in Magdeburg wurde der öffentliche Umzug verboten. Der Bahverein in Punglau in Schlesien darf seine Maisier nur männlich gestalten; mit Frauen ist es verboten worden. — Mit der Maisier hängt auch ein originales Versammlungsverbot in Kasla (Altenburg) zusammen. Der Landtags-Abgeordnete Gen. Horn in Kasla hatte für Sonntag, den 30. April, eine Versammlung einberufen, in der Gen. Stüden über die Bedeutung des 1. Mai sprechen sollte. Diese Versammlung wurde verboten, weil bei Abhaltung der betr. schon nach der Person des Einberufers und der Wahl des Lokals, zweifellos als socialdemokratische Veranstaltung und Kundgebung erscheinenden Versammlung am Nachmittag eines Sonntags, der der Tag vor dem 1. Mai ist, eine Gefahr für Störung der öffentlichen Ruhe und gesetzmäßigen Ordnung zu besorgen steht.

Das Organisationskomitee für die Maisier in London hat für die große Versammlung, die am 1. Mai in Hyde Park abgehalten werden soll, folgende Resolution, die von allen Rednern vorgelesen werden soll, erscheinen lassen: „Die Massenversammlung von Arbeitern sendet ihren an diesem Tage vereinigten Genossen brüderliche Grüße, bekräftigt mit ihnen den Entschluß, Lohnwesen und Kapitalismus zu stürzen und an ihre Stelle durch vereintem Bemühen die internationale Güterproduktion zu setzen, in der alle Produktionsmittel der Industrie im Eigentum und der Aufsicht von organisierten Genossenschaften stehen und gleiche Möglichkeit für alle geboten wird, ein gesundes, glückliches und menschenwürdiges Leben zu führen.“ Ferner sollen Beschlüsse für den nächsten Sonntag, den freien Schulanterricht, Alterspensionen, Errichtung von Arbeiterwohnungen, Stimmrecht für alle Großjährigen und Parlamentarisation gefaßt werden.

Politisches, Gerichtliches usw.

— Wegen Königs Geburtstag verboten wurde noch eine dritte Versammlung und zwar in Vorderjessen bei Pirna. In der abgemündeten Begründung heißt es:

*) Wir entnehmen diese bemerkenswerten Ausführungen dem soeben erschienenen Werk von Dr. Rudolf Sieghart „Die öffentlichen Glücksspiele“ (Wien, Manz'scher Verlag).

*) Kleine Beamte, Handwerker, kleinere Grundbesitzer, Dienstboten und Arbeiter.

„Denn die offenbar in demonstrativer Absicht geplante Abhaltung einer gewerkschaftlichen Versammlung am Geburtstage Sr. Majestät des Königs würde, wie die königliche Amtshauptmannschaft auf Grund ihrer Kenntnis der Verhältnisse anzunehmen hat, die patriotisch und königstreue gesinnte Bevölkerung von Vorderjessen und der umliegenden Ortschaften in hochgradige Erregung versetzen und nach Befinden sogar zu Gegendemonstrationen Veranlassung geben.“

Das heißt also, die Versammlung wird verboten, nicht weil sie selber, sondern weil die „königstreue Bevölkerung“ ihrerwegen die öffentliche Ruhe stören könnte. Das ist zwar ein sehr schlechtes Zeugnis für den geselligen Sinn der königstreuen Bevölkerung, aber daß dafür die organisierten Arbeiter in ihrem Versammlungsrechte beschränkt werden sollen, ist uns nicht recht verständlich.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Der Generalrat der socialdemokratischen Partei hat an die Streikenden einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: In den letzten drei Jahren haben die Unternehmer große Profite eingehemt; die Bilanzen, ihre Geschäftsberichte, die Kurse der Papiere an der Börse, die Höhe der Dividenden lehren es. Dieser Reichtum ist durch Eurer Hände Arbeit geschaffen. Eure Vertrauensleute haben den Versuch gemacht, auf friedliche Weise eine Erhöhung der Löhne zu erreichen, die Unternehmer haben sie kurzerhand abgewiesen. Auch die Anrufung des Arbeitsministers, zu Gunsten der Arbeiter zu intervenieren, war vergebens.

Als alle Mittel, die Sache im guten zu Ende zu führen, gescheitert waren, habt Ihr das letzte Mittel, den Streik, beschlossen. Ihr habt die volle Freiheit des Handelns gehabt; niemand von außerhalb hat Euch zu beeinflussen gesucht. Jetzt aber, da der Streik nicht mehr aufzuhalten, halten wir, die wir die organisierte arbeitende Bevölkerung Belgiens vertreten, es für unsere Pflicht, Eure gute und gerechte Sache mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Wie in dem Aufruf, so wird auch sonst in der belgischen Arbeiterpresse der Vorwurf, als ob die Socialdemokratie die Bergleute zum Streik „gehört“ habe, energisch zurückgewiesen. Die Bergleute haben selbst über ihre Angelegenheiten entschieden.

Ueber den Stand des Streiks liegen vom 27. April folgende Nachrichten vor:

Im Borinage beträgt die Zahl der Ausständigen heute 15 236, also 2064 mehr als gestern. Von der Zunahme sind hauptsächlich die Gruben von Dour und Clouges betroffen, wo 1478 Mann die Arbeit niedergelegt haben. Im Bassin du Centre hat die Lage sich gebessert, 800 Mann haben dort die Arbeit wieder aufgenommen. Im Becken von Lüttich, namentlich in den Gruben von Seraing, ist die Zahl der Arbeitenden um 900 gestiegen. In den Kohlengruben des Plateaus von Herve nimmt der Ausstand bemerkenswerte Ausdehnung an.

Von unseren Korrespondenten wird uns noch geschrieben: In einigen Gruben des Borinage wurde die Arbeit wieder aufgenommen, weil den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Proz. versprochen worden ist. Der Kohlenmangel nimmt immer mehr zu und beeinträchtigt die Thätigkeit in der Industrie. Die Ofen- und Plättfabriken in La Louvière mußten ihre Feuer auslöschen.

Die öffentliche Meinung ist auf Seiten der Arbeiter. In Lüttich kam dieser Tage sogar der große liberale Industrielle De Villes in eine socialdemokratische Versammlung und erklärte, die Forderungen der Arbeiter seien berechtigt. — Die Interpellation Burnemont, betreffend das Verhalten der Regierung zum Streik, wird erst am nächsten Dienstag zur Verhandlung kommen.

Der „Frank. Jg.“ geht ein längerer Bericht über die Situation im Gebiete von Charleroi zu, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

„Bis zum Ausbruch des Generalstreiks hatten sich die socialdemokratischen Deputierten des Hennegau von ihren Wählkreisen ferngehalten. Wir sind nicht diejenigen, welche bei einem langdauernden Streik zu leiden haben und ins Elend geraten“, sagte mir Léon Burnemont heute; „die Minenarbeiter allein hatten das Recht, den Streik zu beschließen. Jetzt aber, wo der Kampf entbrannt ist, können unsere Wähler auf unsern Rat und unsere Hilfe rechnen.“

Ich machte heute in der Vorgerichte die Runde durch eine Anzahl von Kneipen in einem Arbeiterviertel und unterhielt mich dort und auch auf der Straße mit zahlreichen Grubenarbeitern. Man gab mir bereitwillig alle Auskünfte, die ich verlangte. Hier in Charleroi sind die Löhne bedeutend höher als im Borinage (Mons), während sie die des Centre (La Louvière) nicht erreichen. Diese Verschiedenheit hängt in wesentlichen mit den großen Unterschieden in der Qualität der Kohle und der Leichtigkeit oder Schwierigkeit der Gewinnung zusammen. Der durchschnittliche Lohn beträgt gegenwärtig im Bassin von Charleroi 5,50 Fr. gegen ca. 3,25 Fr. im Borinage. Im Jahre 1891, noch dem ersten großen Generalstreik der belgischen Minenarbeiter, verdiente man hier im Durchschnitt nahezu 7 Franken und das Jahr 1894 brachte mit nur 4 Franken den niedrigsten Stand des letzten Jahrzehnts. Ein eigenes Häuschen besitzt der Kohlenarbeiter nicht; er wohnt zur Miete und zahlt etwa 18 Franken für zwei Räume mit einem kleinen Garten von 15 Meter Länge und 3/2 Meter Breite. In diesem Garten pflanzt er sich Äpfeln, Zwiebeln, Kartoffeln, Sellerie, aber keine Kartoffeln. Die Nahrung des Arbeiters ist hier eine außerordentlich ärmliche; nur am Sonntag leistet er sich ein Fleischgericht, manche essen auch am Donnerstag noch eine Fleischsuppe, sonst sind Kartoffeln, Kaffee und Brot die Bestandteile jeder Mahlzeit. Meine Frage, ob sie wenigstens Butter oder Fett hinzunehmen, wurde mir allgemein verneint. Die von Vandervelde und anderen Genossen mit großer Energie in der Arbeiterschaft betriebene antialkoholische Bewegung macht einen starken Eindruck auf die Leute. Aber sie meinen, das Trinken lasse sich nicht in einem Tage abgewöhnen und sie erzählten mir mit Genugthuung, daß in der letzten Zeit der Viergenus immer mehr den Schnapsgenuss verdränge. Die meisten Minenarbeiter sind verheiratet; die Kindersterblichkeit ist groß. Im Durchschnitt kann man auf die Familie 4 lebende Kinder rechnen. Die Männer heiraten meist schon mit 21 Jahren. Die Frauen arbeiten nicht außer dem Hause. Die Arbeitszeit ist in den Bassins des Hennegau allgemein 10 Stunden für die unterirdische Thätigkeit, in der Provinz Lüttich soll sie nur 8 Stunden betragen. „Im Winter sehen wir die Sonne nur, wenn sie gerade am Sonntag einmal scheint“, sagte mir ein Arbeiter.

Ältere Arbeiter, welche an dem blutigen Streik von 1886 teilgenommen haben, rühmten mir die große sittliche Erziehung, welche die Minenarbeiter des Hennegau in diesen 13 Jahren durchgemacht hätten. Sie alle versicherten mir, daß es diesmal zu keinen Ausschreitungen kommen werde, und ich selbst habe diesen Eindruck gewonnen. Ich muß sagen, daß alles, was ich hier gesehen und gehört habe, mich mit großer Achtung vor dem sittlichen Niveau der Minenarbeiter erfüllt hat. Sie machen sich ganz offen über die Wraushaftigkeit der französischen Genossen lustig; sie wissen, was sie wollen und ihre Einigkeit ist eine vollkommene. Freilich sind sie jetzt im Kriege und die Gefahr verlangt gebieterisch Mäßigkeit und Aufbietung aller Tugenden des Standes. Aber von großem Interesse war es mir zu sehen, daß es hier kein von jedem christlichen Kultus zusammenwohnende und zusammenhängende Volk gibt, in denen neue religiöse Empfindungen leben, die nicht aus abgelebten Traditionen, sondern aus den Hoffnungen einer sich jung und zukunftsreich fühlenden Menschheit ihren Inhalt schöpfen!“

Brüssel, 27. April. Nachrichten aus dem Kohlenbecken zufolge beläuft sich die Zahl der Streikenden in Mons auf 16 000, in Lüttich auf 10 000, in Charleroi auf 25 000 und in Mittelbecken auf 15 000. Ein Teil der Metallarbeiter hat heute die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Gewerkschaften aus dem Auslande Kohlen erhalten haben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Holzarbeiter. Der Obermeister der Erfurter Tischlerinnung steht mit der Berliner Innung in Unterhandlung wegen Anfertigung von Tischlerarbeiten. Wie Ihr wißt, hat die Erfurter Innung unsere dortigen Kollegen ausgesperrt. Wir ersuchen Euch deshalb bei Vergeben neuer Arbeiten festzustellen, ob dieselben nach Erfurt bestimmt sind und hierüber sofort Mitteilung nach dem Arbeitsnachweis gelangen zu lassen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Deutsches Reich.

Die Bauarbeiter in Harburg befinden sich im Lohnkampfe. Sowohl die Maurer wie auch die Zimmerer versuchen ihre Forderungen in gemeinsamem Vorgehen durchzusetzen. Bisher ist auf 13 Bauten die Fortsetzung der Streikenden bewilligt, während ungefähr 100 Arbeiter im Auslande stehen.

In den mechanischen Webereien in Zeulenroda befinden sich 180 Arbeiter im Ausstand. Die Differenzen entstanden durch die plötzliche Entlassung der Lohnkommission, welche die Aufgabe hatte, dem Fabrikanten die Forderungen zu unterbreiten. Neben Wiedereinstellung des hier verlangten die Arbeiter nunmehr Anerkennung ihrer bereits abgelebten Forderungen, bestehend in Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, Lohnerhöhung um 20 Proz., in einigen Artikeln um 30 Proz. Es steht zu erwarten, daß der Ausstand an Ausdehnung noch gewinnt. — Wegen verschiedener Mißstände im Betrieb ist das Landratsamt in Greiz angerufen worden.

Die Tischlergesellen in Chemnitz befinden sich in einer Lohnbewegung. In drei Werkstätten ist ein Ausstand ausgebrochen. Die Gesellen verlangen die Durchführung der zwischen ihnen und der Innung getroffenen Vereinbarung, betr. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Anzahl Unternehmer weigert sich, die Forderung der Innung anzuerkennen.

Zug von Holzbildhauern nach Nürnberg ist fernzubalten, da die dortigen Bildhauer vor einer Bewegung stehen und die Unternehmer sich jetzt schon bemühen, für Ersatz zu sorgen.

Ausland.

Lohnbewegung im Schlarer Steinkohlebergbau. Die in den Kohlengruben der österreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft beschäftigten Arbeiter hielten eine von etwa 600 Personen besuchte Versammlung ab, in der beschlossen wurde, der Werksleitung in Brandeisel die Forderungen der Bergarbeiter durch eine Deputation vorzulegen. Die Arbeiter fordern für eine Schicht 10 Kr. Lohnerhöhung, die Ortsförderer drei Viertel des Häuerlohnes. Falls in acht Tagen ihren Forderungen nicht entsprochen wird, soll die Arbeit eingestellt werden. Die von den Arbeitern gestellte Frist läuft am 1. Mai ab.

Der Kampf um das Vereinsrecht in Schweden. Die Upsalauer Studenten, von deren Eintreten für die in ihrem Vereinsrecht bedrohten schwedischen Arbeiter wir berichtet, haben 1250 Kronen zur Unterstützung der Arbeiter aufgebracht und an das Landessekretariat übersendet. Die Sammlung wird noch fortgesetzt. Auch der Centralverband der dänischen Gewerkschaftsverbände hat zugeklagt, im Roskall den ausgesperrten Arbeitern von Halland in Norrland Hilfe zu bringen.

Der Ofenmacher-Verband in Halmstadt hat den Hutfabriken einen Vergleichsvorschlag gemacht, dahin, daß alle ausgesperrten Arbeiter eingestellt werden, daß ihr Vereinsrecht garantiert wird, während sie sich verpflichten, während eines Jahres keine Forderungen um Lohnerhöhung zu stellen. Für neue Streitigkeiten soll ein Schiedsgericht vorgezogen werden.

Der Ofenarbeiter-Streik in Norrköping (Schweden) ist mit dem Sieg für die Arbeiter beendet. Man hat sich auf einige Lohnerhöhungen geeinigt.

Sociales.

Die Steigerung der Produktivkräfte. Wie in dem soeben erschienenen 1. Vierteljahrshefte der Zeitschrift des Königl. Preuss. Statistischen Bureau mitgeteilt wird, hat sich die Leistungsfähigkeit der Dampfmaschinen in Preußen im Jahre 1898 sehr erheblich gesteigert, und zwar in höherem Maße wie, mit einer einzigen Ausnahme, je in den letzten zehn Jahren. Sie betrug 268 394 Pferdekräfte = 8,1 Proz. gegen das Vorjahr. Die absolute Zahl der Pferdekräfte mit Ausnahme der Lokomotiven und der in Heer und Kriegsmarine verwendeten Maschinen betrug in Preußen Anfang 1898 3 422 654, während sie im Jahre 1888 nur 1 683 041 betrug. Sie haben sich also in dem zehnjährigen Zeitraum mehr als verdoppelt, während sich die Bevölkerung in dem zehnjährigen Zeitraum von 1885 zu 1895 nur um etwas über 12 Proz. vermehrte. Das bedeutet eine relative Steigerung der Produktivkraft Preußens allein durch dampfmotorische Kräfte um ca. 80 Proz. in zehn Jahren. Das läßt absehen, wie stark sich die Menge der Produkte (Gebrauchsgegenstände) in dieser Zeit, gerechnet auf den Kopf der Bevölkerung, vermehrt hat.

Bäckereien — Angezieser — Versicherung. Eine Versicherung, die zwar des lammischen Beigefährdungs nicht entbehrt, die aber ein helles Licht wirft auf die widerwärtigen Zustände in Bäckereien, ist soeben in Leipzig zu Stande gekommen.

Sie nennt sich „Versicherung gegen Ungezieser“ und ist zwischen der Bäckereinnung zu Leipzig und einem Herrn G. Zucht in L. Gohlis vorläufig auf drei Jahre abgeschlossen worden. Ruß der Zweck der Versicherung erst noch deutlich erklärt werden? Es heißt darüber in dem Versicherungsvertrage: „Es verpflichtet sich Herr Gustav Zucht, den Mitgliedern der Bäckereinnung zu Leipzig auf ihren Antrag, die in den Bäckereien der Mitglieder und deren Wohnräume vorkommenden Ungeziehlästen durch Ungezieser zu beseitigen.“ Je nachdem die „ingezieserten“ Bäckereien 2 oder 5 oder mehr Geßeln und Lehrlinge beschäftigen, steigt die Versicherungsprämie von 15 auf 25 M. im Jahre.

Wie elckhaft muß es in vielen Bäckereien zugehen, wenn man es für notwendig erachtet hat, zur Beseitigung der Schmutzerei eine Versicherung mit immerhin ziemlich hohen Prämien einzugehen. Wenn es nur auch hülfe und das Publikum nun die Gewißheit hätte, daß sein tägliches Brot mit normaler Reinlichkeit hergestellt wird. Aber diese Gewißheit scheint uns nach allem, was über die Zustände in Bäckereien aus den verschiedensten Orten schon bekannt geworden ist, durchaus nicht vorhanden zu sein.

Geriichts-zeitung.

Die Untersuchungshaft. Einen interessanten Beitrag zur Frage der Anwendung der Untersuchungshaft bieten die Beschlässe, die in drei Instanzen in einer Untersuchungssache ergangen sind. Ein Angezieser in einem größeren Geschäft war von der Kriminalpolizei verhaftet worden, weil er eine Geldrolle mit 200 M. entwendet haben sollte. Die Sache wurde dem Schöffengericht überwiesen, welches den Angezieser trotz seines Leugnens für überführt erachtete und ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilte. Da von der vierwöchigen Untersuchungshaft nichts angerechnet wurde, hat der Verurteilte, auf freien Fuß gesetzt zu werden unter dem Hinweis, daß es seine erste Verurteilung sei und daß er bei seinen seit Jahren hier anässigen Eltern wohne. Das Schöffengericht hielt ihn indessen für fluchtverdächtig und lehnte den Antrag ab. In der Beschwerdeschrift wies der Angezieser darauf hin, daß er gegen das schöffengerichtliche Erkenntnis Berufung eingelegt habe. Die fünfte Strafkammer wies die Beschwerde zurück mit der Begründung, daß der Angezieser auf Herabsetzung der Strafe laun zu rechnen habe und man in der

Annahme wohl nicht fehlgriffe, daß er sich dieser Situation wohl bewußt sei. Bei der Ausichtslosigkeit, sich hierorts nach seiner Verurteilung eine Stelle zu verschaffen, sei es ihm mit seinem Haftentlassungsantrage wahrscheinlich nur darum zu thun, sich der Vollstreckung der Strafe zu entziehen und sein Heil im Auslande zu versuchen. Er sei ein junger Mann und hier an nichts gebunden, könne also in seiner Lage jederzeit die Flucht ergreifen, wenn seine Berufung zu keinem Erfolge geführt habe. Hiernach erscheine die Untersuchungshaft aus § 112 der Straf-Verf.-Ordnung gerechtfertigt. Hiergegen legte der Verteidiger, Rechtsanw. Dr. Berthauer, sofortige Beschwerde bei Kammergericht ein. Er führte aus, daß nach dem angezogenen Paragraphe, soweit derselbe hier in Betracht komme, ein Angezieser nur in Haft genommen werden könne, wenn er der Flucht verdächtig sei und daß dieser Fluchtverdacht einer schätzlichen Begründung bedürfe, es sei denn, daß es sich um ein Verbrechen eines Heimatlosen, Landstreichers oder Ausländers handle. Da alles Letztere hier nicht zutrefte, hätten th a t s ä c h l i c h e Anhaltspunkte zur Rechtfertigung des Fluchtverdachts angeführt werden müssen. Das im Beschlusse Angeführte: der Angezieser könne hier keine Stelle wieder finden, sei durch Verhältnisse hier nicht gebunden und wolle sein Heil im Auslande versuchen, finde in den Akten nirgends eine Stütze und lasse sich in fast allen ähnlichen Fällen anführen, habe aber trotzdem nicht im Gehehe Ausdruck dahin gefunden, daß für junge Leute oder Geschäftsangestellte ein Fluchtverdacht eher anzunehmen sei, als bei anderen Personen. Die Untersuchungshaft beschränke den Angezieser, der seiner Entlassung ganz besonders bedürfe, um eventuell den richtigen Täter zu ermitteln, in der Verteidigung schwer. Der Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Großschuff trat diesen Ausführungen bei und hob die Untersuchungshaft auf, nachdem der Angezieser weitere 3 Wochen in Haft gewesen war. In der überaus wichtigen Begründung wird ausgeführt, daß zwar die Strafkammer unter Aufrechterhaltung der früheren Gründe der Begründung des Fluchtverdachts noch angeführt habe, daß der Angezieser, obwohl er sich bei der ganzen Lage der Sache wohl bewußt sein dürfte, daß die gegen ihn festgesetzte Strafe nicht gemildert werden würde, seine Flucht in das Ausland anstrebe, weil er hierorts wegen seiner Verurteilung wenig Aussicht habe, eine anderweitige Stellung zu erhalten, daß aber alle diese Ausführungen bei verhängten Strafen von drei Monaten zur Begründung des Fluchtverdachts nicht ausreichen und lediglich dieserhalb könne die Untersuchungshaft deshalb nicht aufrecht erhalten werden. Dieser Beschluß steht in erfreulichem Gegensatz zu der Entscheidung, mit der Kammergericht und Landgericht die Untersuchungshaft zuweilen über socialdemokratische Redakteure rechtsfertigen. Wir erinnern nur an die Ereignisse, die der 1896er Septembervorlesung im Gefolge hatte. Anlässlich der bekannten Majestätsbeleidigungsprozesse, die damals gegen uns eingeleitet wurden, ließ die Staatsanwaltschaft unprüflich mehrere unserer Redakteure in Untersuchungshaft abführen. Alle Beschwerden waren nutzlos, obwohl die Verhafteten in fester Stellung waren, obwohl Kaution für sie angeboten wurde und obwohl keiner von ihnen aus irgendwelchen plausiblen Gründen für fluchtverdächtig gehalten werden konnte. Ans soll verlangen, ob fortan auch in dergleichen Fällen eine mildere Handhabung des Gesetzes plausibel ist.

Die Beleidigungssache des Redakteurs Wilberg von der „Staatsbürger-Zeitung“ gegen den Redakteur Klausner vom „Israelitischen Wochenblatt“ beschäftigte gestern das Kammergericht. Klausner hat in seiner Zeitschrift gegen Angriffe Stellung genommen, die antisemitische Blätter, besonders die „Staatsbürger-Zeitung“, gegen die jüdischen Mitbürger deshalb gerichtet hatten, weil einige von ihnen um die staatliche Genehmigung für die Veränderung ihres Namens eingekommen waren. Es handelte sich um Rechtsanwältin und einen Apotheker. In dem Abwehrartikel des „Israelitischen Wochenblattes“ waren besonders gegen die „Kreuz-Zeitungs- und Staatsbürger-Zeitungs-Männer“ ziemlich scharfe Ausdrücke gebraucht worden. Hierdurch fühlte sich der Volkrede Wilberg von der „Staatsbürger-Zeitung“ beleidigt. Auf seine Privatklage wurde Klausner zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Der Verurteilte legte Revision ein und beanspruchte, daß ihm der Schutz des § 193 zugesprochen werde. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision als unbegründet. Der Angezieser habe an sich allerdings in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, die Form der fraglichen Äußerungen lasse aber auf die Absicht der Beleidigung schließen.

In Breslau hat, wie mitgeteilt, der Nordprozess Hermann gestern begonnen. Der Angezieser leugnete alle ihm zur Last gelegten Verbrechen. Auf die Frage des Präsidenten, warum er dem gar nicht angeben könne, wie er sich das Verschwinden seiner Frau näher erkläre, antwortete er laun hörbar: „Weiter weiß ich nichts.“ Am Abend desselben Tages kam er mit einer Dine zu seinem Hause, er verabschiedete diese aber kurz vor seiner Wohnung, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil seine Stieftochter, die zum Fenster hinaussah, ihn beobachtete. Am nächsten Tage meldete er das Verschwinden seiner Frau der Polizei. Er blieb im Hause wohnen. Bald darauf knüpfte er mit seiner Stieftochter ein sträfliches Verhältnis an. Beide standen deshalb später vor Gericht und wurden bestraft. Am 16. Januar d. Js. wurde die Leiche der Frau aufgefunden. Der Präsident zeigte den Geschworenen an einer großen Tafel den Fundort und die Lage des Gerippes. Der Präsident fragt den Angezieser, wer wohl der Mörder seiner Frau sein könnte. Der Angezieser sagt, er glaube, ein gewisser Jung habe sie aus Eifersucht erschlagen! Auf die Bemerkung, daß Jung in jeder Zeit im Zuchthause gefessen habe, sagt er, es sei auch nicht ausgeschlossen, daß ein ganz junger Mann, der in seinem Hause wohnte, der Täter sei. Im übrigen habe er seiner Zeit nach dem Verschwinden seiner Frau nicht an einen Mord geglaubt, sondern die feste Überzeugung gewonnen, sie sei nach Amerika gegangen. Infolge dessen habe er auch keine weiteren Recherchen nach ihrem Verbleib angestellt. Der Angezieser weist bei seiner ferneren Vernehmung die Beschuldigung, seine Frau ermordet zu haben, als „Weiberzungen“ beruhend, zurück. Er gibt zu, daß er gelegentlich geäußert habe, er könne nur an jungen Frauenpersonen Gefallen finden, auch wird ihm nachgewiesen, daß er eine Reihe von Prostituierten in sein Haus aufgenommen habe.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Langensalza, 27. April. (W. Z. B.) Bei der Landtagswahl im 3. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Erfurt, Mühlhausen, Langensalza, wurde Frhr. v. Jedlich und Neulitz (H.) mit allen abgegebenen 208 Stimmen wiedergewählt.

Prag, 27. April. (W. Z. B.) In der heutigen Landtagssitzung kam es zu stürmischen Szenen zwischen den Regierungsbekannteren und der Majorität, weil der Statthalter erklärte, der Landtag könne die beschlossene Veränderung der Schulinspektions-Bestimmungen zur kaiserlichen Sanction nicht unterbreiten. Adamek drohte mit der Opposition des gesammten böhmischen Volkes, wenn den Wünschen des Landtages nicht entsprochen werde.

London, 27. April. (W. Z. B.) Unterhaus. Ashmead Bartlett fragt an, ob der Kaiser von Rußland deshalb die freie Verfassung Finnlands aufgehoben habe, um das auf Finnland entfallende Kontingent des russischen Heeres erheblich zu erhöhen. Parlamentsuntersekretär Brodrick erklärt, er könne über den Zweck des Manifestes des Kaisers kein Urteil abgeben.

Rom, 27. April. (W. Z. B.) Die Regierung hat für den 1. Mai die Abhaltung socialistischer Versammlungen verboten, auch dürfen Zusammenkünfte oder Konferenzen nur in geschlossenen Lokalen stattfinden. Die Truppen werden am ersten Mai konfigniert werden.

Genoa, 27. April. (W. Z. B.) Dem „Secolo“ zufolge hat der Ministerpräsident Pelloux die Versicherung abgegeben, daß noch vor dem Statufest eine allgemeine Amnestie für politische Verbrecher verhandelt werden wird.

Reichstag.

73. Sitzung, Donnerstag, 27. April 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf von Posadowsky, Koch, v. Poddiehl, Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum Bankgesetz.

Nach Artikel 1 der Vorlage soll das Grundkapital der Reichsbank von 120 auf 150 Millionen erhöht werden. Die Anteilsscheine sollen auf je 8000 Mark lauten.

Die Kommission (Referent Abg. Müller-Kulda) hat das Grundkapital noch um weitere 30 Millionen, also auf 180 Millionen, erhöht. Die Anteilsscheine sollen nur auf 1000 Mark und die noch bis zum 31. Dezember 1900 bezw. 31. December 1905 zu begebenden, auf den Namen lauten, sowie dem Prospektzwang nicht unterworfen sein.

Abg. Dr. v. Levetzow und Genossen beantragen, daß die neuen Anteile sämtlich bereits bis zum 31. Dezember 1900 begeben werden sollen.

Abg. Dr. Krenndt (Rp.) beantragt, den § 23 des Bankgesetzes, auf den sich diese Änderungen beziehen, dahin zu fassen, daß das Grundkapital der Reichsbank bestehen soll a) aus 120 Millionen geteilt in 40 000 auf den Namen lautende Anteile à 3000 Mark, b) aus 60 Millionen Mark, geteilt in 20 000 vom Reich zu übernehmende Anteile von je 3000 Mark. Er stimmt gegen die Vorlage, hoffe aber gleichwohl die von ihm beantragten Änderungen des § 1 durchzuführen, nach denen die 60 Millionen Mark Kapitalserhöhung aus Reichsmitteln geschaffen werden sollen, sowie daß der Antrag Levetzow zur Annahme gelangt.

Abg. v. Staudy (L) erklärt, daß seine Partei an der Verstaatlichung der Reichsbank festhält. Die Socialdemokraten sind nur Gegner der Verstaatlichung, weil sie meinen, sie könne den Agrariern Vorteile bringen. Vor allem bitte ich Sie um Annahme des Antrages Levetzow.

Abg. Cabanels (C) bittet, den Antrag Levetzow abzulehnen, ebenso den Antrag Krenndt.

Reichsbankpräsident Dr. Koch: Ich bitte um Ablehnung des Antrages Krenndt, der nur die Verstaatlichung andahnen soll. Der Antrag Levetzow geht von der irrthümlichen Voraussetzung aus, daß eine sofortige Erhöhung des Bankkapitals auch eine sofortige Herabsetzung des Diskontsatzes ermöglicht. Wir hoffen, mit den 80 Mill. Erhöhung vorläufig auszukommen; daher wäre es richtiger, die weitere Erhöhung von einer Frist von 5 Jahren abhängig zu machen.

Abg. Camp (Rp.) ist im wesentlichen mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden.

Abg. Wiking (natl.), Fischbeck (fr. Rp.), Stenens (fr. Rp.) schließen sich dem Kompromiß der Kommission an und stimmen gegen alle Abänderungsvorschläge.

Damit schließt die Diskussion. Art. I wird unter Verwerfung des Amendements Krenndt und des Antrags von Levetzow gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teils der Reichspartei in der Kommissionsfassung angenommen. Art. II soll nach dem Kommissionsbeschlusse folgende Fassung erhalten: Aus dem beim Jahresabschluss sich ergebenden Reingewinn der Reichsbank wird 1. zunächst den Anteilseignern eine ordentliche Dividende von 3/5 Proz. des Grundkapitals berechnet; sodann 2. von dem Reinertrag eine Quote von 20 Proz. dem Reservefonds zugeschrieben; so lange derselbe nicht den Betrag von 90 Millionen Mark erreicht hat; 3. von dem weiter verbleibenden Reine der Anteilseignern ein Viertel, der Reichskasse drei Viertel überweisen.

Die Abg. v. Levetzow (L) und Genossen beantragen, hinzuzufügen: Die Gesamtdividende der Anteilseigner darf 6 Proz. nicht übersteigen.

Die Abg. Kner (Soc.) und Gen. beantragen, Biffer 3 folgendermaßen zu fassen: Der abdam verbleibende Ueberschuß zu einem Viertel an die Anteilseigner und zu drei Vierteln an die Reichskasse gezahlt. Die Gesamtdividende der Anteilseigner darf 6 Proz. nicht übersteigen.

Abg. Graf Kanitz (L) befürwortet den Antrag Levetzow.

Abg. Schorlauk (Soc.) erklärt, daß seine politischen Freunde von der Verstaatlichung nur Abstand nehmen, weil Zeit und Umstände es wie im vorliegenden Falle nötig erscheinen lassen. Sie haben ihren Abänderungsantrag eingebracht, um ihres principiellen Standpunktes willen. Sollte er abgelehnt werden, was sehr bedauerlich wäre, so würden sie für den Antrag Levetzow stimmen.

In der darauffolgenden Abstimmung werden beide Entwürfe abgelehnt. Art. II wird in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Abg. Fischbeck (fr. Rp.) beantragt, folgenden Artikel 2a einzufügen: Die Mitglieder und die Stellvertreter werden von der Generalversammlung aus der Zahl derjenigen Anteilseigner gewählt, welche auf ihren Namen lautende Anteile im Mindestbetrage von je 9000 Mark besitzen.

Der Antrag wird angenommen. Art. III wird in der Kommissionsfassung debattelos angenommen, ebenso Art. IV.

Zu Art. V liegen zwei Abänderungsvorschläge vor: Abg. Helm (C) beantragt einige Abänderungen, die eine Milderung zu Gunsten der Privatnotenbanken bedeuten. Abg. v. Levetzow (L) beantragt einige Änderungen, die die Befreiung des Privatdiskonts der Reichsbank bezwecken.

Nach längerer, aber unwesentlicher Debatte, in der sich besonders der Abg. Krenndt (Rp.) hervorthat und von seinem Fraktionskollegen Camp bekämpft wurde, wird der Art. V in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso der Rest der Vorlage.

Die beiden folgenden Resolutionen: 1. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Reichsbank bei Diskontierung von Genossenschaftswechseln, die Kapital der Genossen für die Verrentung der Kreditfähigkeit der betreffenden Genossenschaft beruht, 2. Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszuspochen, daß die Reichsbank-Verwaltung in Erwägung zieht, ob nicht zu Zeiten flüssigen Geldstandes eine Zinsfestsetzung für Lombarddarlehen auf 1/2 Proz. über Bankdiskont ermöglicht werden kann, — werden nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Die Anträge von Levetzow und Helm werden abgelehnt, die Petitionen für erledigt erklärt.

Damit ist die zweite Beratung der Vorvorlage beendet.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr (Dritte Sitzung der Bankvorlage. Justizanträge Minteln u. Gen., Antrag Salisch beir. Vereine.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Municipales.

Stadtvorordneten - Versammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 27. April 1899, nachmittags 5 Uhr.

In den Aufsicht zur Beratung der Anträge, die die Waisenmutterhandlung im Potsdamer katholischen St. Josefs-Waisenhaus betreffen, sind auch die Stadtv. Singer und Tollsdorf gewählt.

Der Antrag Vorgrann, der zum Zwecke schnellerer Befreiung der zur Zeit in Berlin herrschenden Schulnot den Vorschlag machte, für die Erbauung einer Gemeindegewerkschule an der Bielestraße das schon vorhandene Projekt für die Schule an der Siemensstraße in Anwendung zu bringen, ist von einem Ausschuße beraten worden. Man hat sich dort aber nach dem vom Stadtbaurat Hoffmann vorgetragene Ver-

denken auf einen anderweitigen Antrag geeinigt, wonach das Projekt für die neue Schule so schnell vorgelegt werden soll, daß mit dem Bau schon Ende September begonnen werden kann. Die Mittel sollen aus dem Ueberschuß von 1898 entnommen werden. Zu Gunsten dieses Antrages hatte der Antragsteller Vorgrann seinen ursprünglichen Antrag zurückgezogen. Für die erwähnte schnelle Ausarbeitung und Vorlegung des Projektes hat sich der Stadtbaurat verbürgt.

Ohne Debatte wird der Aufsichtsantrag genehmigt. Das Abkommen mit der Gemeinde Stralau wegen Uebernahme der Unterhaltungspflicht der Stralauer Dorfstraße soll nach dem Referat des Ausschuhberichtsleiters Hugo Sachs genehmigt werden, da der Ausschuh sich von der Thatsache überzeugt hat, daß sich hier eine Obervanz herausgebildet hat, wonach die Stadt jetzt für die Unterhaltung in Anspruch genommen werden kann.

Stadtv. Tollsdorf: Wir werden dem Antrage zustimmen, möchten aber im Anschluß hieran den Magistrat darauf aufmerksam machen, daß der inhaltbare Zustand, der jetzt auf dem angrenzenden Marktgrundstück besteht, beseitigt werde. Die eine Hälfte des Dammes gehört zu Stralau, die andere zu Berlin. Bei den gemeinschaftlichen Verhandlungen, die jetzt aus Anlaß der Vorlage stattfinden werden, möchte sich diese Angelegenheit auch regeln lassen. Wir müssen ja doch nach Mummelsburg hinaus und müssen also dort für die Herstellung guter Wege sorgen. Kamentlich die offenen Gräben dortselbst müssen beseitigt werden.

Das Abkommen wird genehmigt. Zu den Kosten für die Reparatur des Daches der St. Thomaskirche wird nach dem Antrage des niedergesetzten Ausschusses ein Patronatsbeitrag von 2000 Mark bewilligt, desgleichen die Vorlage wegen Erwerbung eines Gemeindegewerkschulgrundstücks von 6145 Quadratmeter Größe zum Preise von 25 Mark pro Quadratmeter in der Magerstraße.

Der Schäfersee in Reinickendorf soll im Laufe dieses Jahres ausgebagert werden, auch soll eine Abflüßung der an die Oberfläche steigenden Ägen erfolgen. Für die Ausbaggerung (1,5 Meter um die Wade - Aufsicht herum in einer Fläche von 5000 Quadratmetern, sonst 0,75 Meter) sollen 140 000, für die Abflüßung 1000 Mark bewilligt werden.

Stadtv. Jacobi beantragt Ausschuhberatung. Es handle sich um eine bedeutende Ausgabe, wenn auch die Notwendigkeit der Ausbaggerung dieses sehr verschlammten Sees zugestanden werden müsse. Auch sei bemerkt worden, daß sich ein Käufer für den See gefunden habe und von diesem dem Magistrat ein Angebot gemacht worden sei.

Stadtrath Weise: Das betreffende Angebot lautet auf 50 000 Mark. Die Grundbesitzer und Deputation hat es für viel zu gering erklärt, der Magistrat noch keinen Beschluß gefaßt.

Stadtv. Singer: Ich würde nicht das Wort genommen haben, wenn nicht in dieser Debatte von einem Angebot die Rede gewesen wäre. Mit Ausschuhberatung bin ich einverstanden, da es sich ja immerhin um eine bedeutende Ausgabe handelt. Die Festsetzungen, daß die Ausbaggerung nicht auf die Dauer gegen die Wiederkehr der Verunreinigung schützen wird, lassen sich durch den Hinweis beseitigen, daß nach den Versicherungen der Sachverständigen allerdings für absehbare Zeit eine Gewähr dafür geboten wird. Was das Angebot betrifft, so möchte ich mich grundsätzlich gegen den Verkauf des Reinickendorfer Sees aussprechen. Welche Zustimmung? Der Gedanke an den Verkauf des Reinickendorfer Sees ist ausgetauscht in Kreisen, die mitbestimmend in der Sache mitwirken. Es ist das ein so horrender Gedanke, daß er bloß ausgesprochen zu werden braucht, um abgelehnt zu werden. Wir müssen uns doch darüber freuen, in der Nähe der Stadt einige Wasserflächen zu haben, welche die Möglichkeit des Schwimmens und Baden des Bürgers gewähren. Im Baden wird der See hauptsächlich von Berlinern benutzt, die Schullinder baden dort unentgeltlich, diese wichtigen Interessen können nicht aufgegeben werden durch die Summen, welche der Verkauf einbringen würde. (Beifall.)

Nach kurzer weiterer Debatte beschließt die Versammlung nach dem Antrag Jacobi.

Die Verbreiterung der Wallstraße zwischen der Neuen Grünstraße und der Neuen Kohnstraße ist auf neue Schwierigkeiten gestoßen, da die Anlieger zum Teil ganz unerschwinglich hohe Forderungen stellen. Der Magistrat beantragt deshalb, die Grundstücke Wallstraße 15a und Neue Kohnstraße 14 für 200 000 bezw. 450 000 Mark freihändig zu erwerben, dagegen sollen die zur Verbreiterung erforderlichen Flächen der Grundstücke Wallstraße 20, 23 und 24 enteignet werden.

Derselbe Sachverhalt liegt vor bei der zur Verbreiterung der Königstraße zwischen der Poststraße und dem Israelischen Grundstück erforderlichen Grundstücksflächen.

Beide Vorlagen gehen an einen Ausschuh, nachdem Stadtv. Walla sich darauf verwiesen hat, daß die exorbitantesten Preise jetzt gerade von denjenigen Besitzern in der Wallstraße verlangt wurden, welche um die Verbreiterung petitioniert hätten.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Lokales.

Unser Parteigenosse Reichstags-Abgeordneter Antick ist, wie unsere Leser mit lebhaftem Bedauern vernehmen werden, nicht unbedenklich erkrankt. Ein körperliches Unbehagen artete bei unsrerem Freunde in letzter Zeit so sehr aus, daß er sich am Mittwoch einer ärztlichen Untersuchung unterziehen mußte. Die ärztliche konstatierte Blinddarmentzündung. Das Leiden hatte bereits beträchtliche Fortschritte gemacht, denn unser Genosse mußte sich sofort ins Krankenhaus Moabit begeben, wo er heute operiert wird. Mit uns werden die Parteigenossen der Hoffnung leben, daß unser wanderer Mitstreiter die Krankheit glücklich überleben und recht bald wieder im Stande sein möge, den stets eifrig erfüllten Pflichten, die seine öffentliche Stellung ihm auferlegte, mit neuer Kraft nachzugehen.

Die Arbeiter-Bildungsschule gibt soeben ihren Jahresbericht heraus, der sich auf die Zeit vom 1. April 1898 bis 31. März 1899 erstreckt. Die Schule schloß mit diesem Tage das achte Jahr ihrer Thätigkeit an. Mit 114 Mitgliedern ließen sich im Geschäftsjahre 1898/99 einschreiben 459 (47 Damen, 412 Herren), dazu kommen 9 Jahres-Mitglieder. Soweit die Mitglieder Angaben gemacht haben in bezug auf ihre Zugehörigkeit zur politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, gebören ersterer 171 an, beiden Organisationen 116. Ueber die Altersstufe der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: Es befanden sich im Alter von 15—20 Jahren 34, 20—25 Jahren 150, 25—30 Jahren 114, 30—35 Jahren 66, 35 bis 40 Jahren 19, 40—45 Jahren 5, 45—50 Jahren 3, 50—60 Jahren 2 Mitglieder.

Von 444 Mitgliedern ist der Beruf festgestellt worden. Es wurden u. a. gezählt: Tischler 52, Schlosser 28, Arbeiter 24, Näherinnen 21, Kaufleute 21, Buchdrucker 19, Maler 15, Klempner 14, Schneider 14, Schuhmacher 13, Mechaniker 10. Der Schule gehörten ferner an drei Berufsessenographen, zwei Rechtsanwältin, ein Kandidat der Medizin, ein Journalist, drei Flatterinnen, drei Buchhalterinnen, zwei Verkäuferinnen, zwei Wirtschaftserinnen, ein Dienstmädchen, eine Friseurin, eine Modistin und eine Putzmacherin.

Die Durchschnittszahl der Besucher der Vorträge betrug im 1. Quartal 1899 bei den Höchern National-Ökonomie 50, Rechtslehre 84, Geschichte 88.

Was die Kassenverhältnisse der Arbeiter-Bildungsschule betrifft, so ist zu bemerken, daß bei den Schul-Einnahmen und Ausgaben ein Defizit von 37,83 Mark zu verzeichnen ist, dem gegenüber steht aber eine Einnahme von 124.— Mark im 3. Quartal 1898 an Mit-

gliedsbeiträgen, so daß auch in diesem Jahre die Schul-Ausgaben durch Schulgeld und Mitgliedsbeiträge gedeckt wurden.

Die schließen uns dem Wunsch des Vorstandes an, daß die Schule in ruhiger Entwicklung fortschreite und mit dazu beitrage, daß immer mehr Köpfe auf dem wirtschaftlichen und politischen Schlachtfelde erziehen, welche die arbeitende Klasse in ihrem Emanzipationskampfe heranzubilden befähigt sind.

Antisemitisches Vech. In der „Staatsbürger-Zeitung“ sieht zu lesen: Der wegen Veröffentlichung der jüdischen Reden mit angeklagte Verleger des „Deutschen Generalanzeigers“ teilt uns mit, daß der von ihm als Redacteur angestellte Herr Schürkämper ihn gekündigt habe, indem er ihm bei seiner Vorlesung die erlittenen Vorstrafen verschwiege. Erst gestern, bei Ausbänderung der Anklageschrift, habe er, Seblagel, Kenntnis von dem Vorleben Schürkämpfers erhalten und ihn sofort zur Rede gestellt. Selbstverständlich zeichne Schürkämper nicht mehr als Redacteur des „Deutschen General-Anzeigers“. Schürkämper habe übrigens niemals der antisemitischen Partei angehört.

Am 1. Mai wird im großen Pichthof des Reichs-Postmuseums ein Standbild des verstorbenen Staatssekretärs Stephan enthüllt.

Eine Polizeiverordnung, die das Schlachten von Pferden, Eseln und Maultieren und das Feilhalten von Fleischwaren dieses Schlachtbetriebes betrifft, liegt einer Zeitungsmeldung zufolge im Entwurf vor. Es darf danach das Schlachten der bezeichneten Tiere im Stadtkreise Berlin nur noch in der hiesigen Central-Schlachterei, Greifswalderstr. 28 erfolgen; die Einführung von Fleisch jener Tiere oder aus solchen bereiteten Wurst etc. ist verboten. Die gewerksmäßige Verarbeitung des in der Central-Schlachterei gepflanzten Fleisches zu Wurst oder sonstigen Waren darf mit an solchen Stellen vorgenommen werden, welche der Polizeibehörde zuvor angemeldet sind; Fleisch anderer Art darf in jene Arbeitsräume und dauerhafte Kuchschiffen: „Kochfleisch-Ware“ zu führen. Dasselbe gilt von den Verkaufsstellen für Pferde- u. Fleisch, Wurst, Bouletten, Kölsfleisch etc.; auch diese sind polizeilich anzumelden und mit der Aufschrift „Kochfleisch-Verkauf“ oder „Kochfleischwaren-Verkauf“ zu versehen. Ebenso müssen die zum Verkauf von Wurst aus Pferde- u. Fleisch im Umhergehen dienenden Verkauf, Wurstfessel etc., in denen sich Fleischwaren jener Art befinden, mit der deutlichen, unabwehrbaren Aufschrift „Kochfleisch-Wurst“ versehen sein; ingleichen ist an den Wagen, auf denen Kochfleisch etc. transportiert wird, eine Tafel mit der deutlichen Aufschrift „Kochfleisch“ („Waren“) anzubringen.

Das Tagesgespräch weiter Kreise bildet immer noch der Selbstmord des Schuttmanns August Günther, der beim 40. Polizei-Revier in der Demminertstraße angestellt war. Günther hatte am 13. d. Mts. vormittags in seiner dienstfreien Zeit häusliche Angelegenheiten besorgt. Er hatte dann, da er seit neun Jahren Verwalter des Hauses Straßenderstraße 41 war, die Abrechnungen mit dem Hausvater in Ordnung gebracht und sich darauf nach dem Wägeboden begeben. Hier fanden ihn seine Angehörigen später als Leiche. Günther hatte sich erhängt. In der Brusttasche seines Rockes hat ein dienstliches Notizbuch, und in diesem hatte der Verstorbene Abschiedsworte an seine Familie niedergeschrieben. Die Aufzeichnungen des freiwillig aus dem Leben Gehedenen lauten wörtlich: „Liebe Maria, ich nehme hiermit Abschied von Dir und unsern Kindern. Der Hauptmann Kiele hat mir gestern gesagt: Es wäre besser für mich, wenn ich mich erhänge, er würde meine Entlastung beantragen und für Dich bleibt dann wenigstens die Pension“. Nun folgen Anweisungen an die Frau, die Regelung von Familienangelegenheiten betreffend und dann die Schlussworte: „Somit endigt Dein von der Hölle verfolgter Name eines Vorgesetzten“. — Der Verstorbene war 49 Jahre alt und seit 20 Jahren bei der Schuttmannschaft im Dienst. Er wird als ein Mann gezeichnet, der ein ausgeprägtes Ehrgefühl besaß, seine dienstlichen Obliegenheiten pünktlich erfüllte, sich der Achtung seiner Kameraden erfreute und auch bei den Bewohnern des von ihm verwalteten Hauses, sowie in der Nachbarschaft desselben allgemein beliebt war. — Sein empfindliches Ehrgefühl, sowie die Sorge um die Existenz von Frau und Kindern scheint die Ursache gewesen zu sein, daß sich Günther eine dienstliche Zurückweisung seines Vorgesetzten so zu Herzen nahm, und sich erhängte. — Das Notizbuch, in welchem der Verstorbene die angeführte Veranlassung seiner traurigen That aufgeschrieben hat, ist vom Polizeipräsidium eingefordert worden und dürfte die Untersuchung des Falles ergeben, inwieweit die Angaben des Günther berechtigt sind.

Ein grauenhaftes Familiedrama hat sich Mittwoch in der Schönhauser Allee ereignet. Im Hause Nr. 34 hat der Handelsmann Wilhelm Histermann, ein Mann von 38 Jahren, seine acht und sechs Jahre alten Töchter Margarete und Erna getödtet und dann sich selbst umgebracht. Der aus der Brignitz stammende Histermann war mit der Wittwe Therese Plag geb. Schöfer verheiratet. Seine Frau brachte aus erster Ehe eine Tochter und einen Sohn Otto mit. Die Tochter wohnt bei ihrer Großmutter, der 17jährige Sohn, der Schriftfeger-Lehrling ist, bei den Eltern. Aus der Ehe Histermanns mit der Wittve gingen zwei Kinder hervor, die 1890 geborene Margarete und die 1894 geborene Erna. Histermann war früher Kaufmann und in großen Geschäften als Buchhalter angestellt. Allmählich kam er wirtschaftlich sehr zurück, soweit sich bis jetzt feststellen ließ, durch unverschuldete Schicksalsschläge, namentlich durch Krankheit. In der letzten Zeit hatte er auch noch das Unglück, fast ganz zu erblinden. Die Familie bezog nur eine Armenunterstützung von monatlich 16 Mark. Sowie als möglich suchte die Frau durch Aufwartearbeiten und Waschen dazu zu verdienen. Mittwochmorgen gingen Frau Histermann und ihr Sohn auf Arbeit aus und die Mädchen besuchten die Schule. In der Einjamkeit scheint nun dem Mann die Verzweiflung gepoßt zu haben. Als die Töchter nachmittags aus der Schule nach Hause kamen, fanden sie den Vater beim Tischschneiden. Was dann weiter im einzelnen vor sich gegangen ist, weiß man nicht. Als Otto Plag abends gegen 9 Uhr von seiner Lehrstelle nach Hause kam, fand er die Wohnung verschlossen. Er ging schließlich zum Verwalter, da aber auch dieser keinen zweiten Schlüssel hatte, so drang man gewaltsam in die Wohnung ein. Mitterweile war auch Frau Histermann von der Arbeit gekommen. Den Eintretenden bot sich ein so erschütterndes Bild, daß die arme Frau sofort ohnmächtig zusammenbrach. Mit durchschnittenem Hals lagen die beiden Mädchen angeliebet als Leichen da, Margarete auf dem Bett, Erna auf dem Sofa, und Histermann hing über der Kommode an einem Wandhaken. In dem Briefe, den er geschrieben und auf den Tisch gelegt hatte, teilte er mit, was ihn zu der entsetzlichen That getrieben hat. Die Not, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zunehmende Blindheit ließen ihn verzweifeln, auf die Dauer für die Ernährung seiner Familie nicht sorgen zu können.

Den Abschiedsbrief, den Histermann hinterließ, hatte er bereits, wie sich nachträglich herausstellte, am 4. März geschrieben, als er seine Wittve noch besch. Gestern Nachmittag, als die Kinder nach Hause kamen, hat er ihn lediglich noch mit einem Umschlag und mit Aufschrift „An die Oeffentlichkeit“ versehen. Der Brief ist aus dem Polizeigewahrsam an das Gericht übergegangen. Histermann erwähnt darin auch, daß er mit seiner und seiner Frau Angehörigen zerfallen war, daß er, fähig, fast erblindet und arbeitsunfähig, auf diese Welt verzichtet hätte und eine bessere zu finden hoffe. Die Kinder nehme er in ein besseres Jenseits mit, um nicht seine Frau oder den Akerwandten die Last ihrer Erhaltung aufzuerlegen. Die Leichen wurden gegen 11 1/2 Uhr nach dem Schauhaus abgeholt. Die Wohnung blieb geschlossen, die Frau Histermann und ihr Sohn

Haben bei ihrer Tochter, bei der auch eine Schwester von ihr wohnt, in der Franzosenstraße ein Unterkommen gefunden.

Dies furchtbare Ereignis läßt auf neue den ganzen Jammer unserer sozialen Zustände erkennen und öffnet allen, die nur sehen wollen, die Augen über das namenlose Elend, das die Interessen der göttlichen Weltordnung mit trübseligstem Vernünftigen zu Leugnen und zu verschleiern trachtet. Verzweiflungsdramen, wie die des Handelsmannes Hysteriam, sind ja, wie jedem bewußt sein wird, nichts Neues. Sie sind in der unheimlichen Regelmäßigkeit, mit der sie neuerdings begangen werden, aber ein Gradmesser der Verelendung und Massenproletarisierung. Charakteristisch ist, daß diese Familiendramen meistens vollführt werden nicht von Proletariern, die von Kindesbeinen an im Elend haften und kumpfsüchtig ihr Schicksal ertragen, sondern von Angehörigen des untergehenden Mittelstandes, die sich mit der Angst eines Ertrinkenden vor der immer gewisser drohenden Proletarisierung zu wehren suchen und schließlich ein Ende mit Schreden dem Schreden ohne Ende vorziehen. Hier, wie in dem Fall des Malermeisters, der 1895 mit seiner Familie freiwillig in den Tod ging, zeigt sich wie vom Blitz erleuchtet der Untergang einer Welt, die bald schneller, halb langsamer vor sich gehende Ausrottung einer Gesellschaftsklasse, welche ehemals als stärkster Pfeiler der Gesellschaft bezeichnet werden mochte, die aber heute schwach, zum Sterben schwach geworden ist.

Dies gestrige Ereignis läßt aber auch von neuem die Hilfslosigkeit erkennen, mit der sie immer noch viel gerühmte öffentliche und Privatwohlthätigkeit solchen Tragödien des Hungers gegenübersteht. Die Organisation des Armenwesens der Reichshauptstadt wird gerühmt, es wird gerühmt, daß Berlin an die 1100 wohlthätige Vereine und Stiftungen besitzt, alle bestimmt, um dem Elend zu wehren. Und dennoch hat kein Philanthrop sein Auge auf das Hungerdrama geworfen, das sich monatlich, jahrelang im Hause Schönhauser Allee 54 abspielte, und die nach Schema F. arbeitende Armenkommission spendete blanke fünf Thaler monatlich, mit der die Familie sehen mochte, wie sie auskam.

Ob das Drama, über das wir heute berichten müssen, jenen Leuten die Augen öffnen wird, die da wähen, mit Zuchtungs-Gesetzen den Untergang einer Welt hindern zu können? Thöridt, solches zu erwarten!

Die in der Königl. Universitäts-Frauenklinik ausgebildeten Hebammen-Schülerinnen: 1. Frau Dr. Sprague, geb. Schwarz, in Kolonie Brunenwald, Hubertus-Allee 10. wohnhaft; 2. Frau Kaufmann Jihviß, geb. Hildebrand, in Charlottenburg, Kleiststr. 29. wohnhaft; 3. Fraulein Alma Helbig, in der Königl. Universitäts-Frauenklinik hier selbst wohnhaft, haben die Prüfung als Hebammen bestanden.

Der Kellner-Hugo spielte bekanntlich in dem Prozeß gegen Gutmann eine bedeutende Rolle. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen war der Kellner-Hugo angeblich in einer Kaskademe in der Dresdenerstraße sowie auch eine Zeitlang in Haffelwerder beschäftigt gewesen. Von einer Kriminalangelegenheit informierten Seite wird ein Sozialberichterstatter auf folgenden Vorkommnisse aufmerksam gemacht, welches möglicherweise mit der Nordangelegenheit Singer in Zusammenhang steht. Im Juni 1897 wurde von einem Manne, der in einem sog. Anhangsboot die Havel entlang fuhr, das zehnjährige Schulmädchen Martha Vahrensdorf aus Spandau entführt. Alle Nachforschungen nach dem Verbleib des Kindes waren längere Zeit vergeblich. Es wurde nur festgestellt, daß der Entführer, ein junger Mann von etwa 25 Jahren, schlank gebaut, mit blondem Schnurrbart, mit dem Kinde sich vor einem Vergnügungsort in Haffelwerder aufgehalten habe. Der junge Mann, der für einen Kellner gehalten wurde, plauderte mit einem in dem Restaurant anhilfsweise beschäftigten Lohnkellner und entfernte sich dann mit dem weinenden Mädchen. Erst vier Wochen später wurde das Mädchen als Leiche, entsehrlich verstümmelt, auf einer kleinen Insel im Tegeler See gegenüber dem erwähnten Lokal aufgefunden. Gerade die Fundstelle verstärkte den Verdacht der Behörde, daß der Mörder vielleicht ein Kellner gewesen sei, welcher in Haffelwerder serviert hatte und die Terrainverhältnisse kannte. Die Nachforschungen in verschiedenen Kellnerkontrollen waren erfolglos, da zahlreiche Ausschiffkellner bei dem starken Verkehr in den Lokalen im Sommer gearbeitet hatten, deren Rationale nicht zu ermitteln war. Der Mörder ist bis heute noch nicht gefaßt worden.

Wie hier zur Kenntnis gelangt, versendet die früher hier in der Königsbergerstraße 31 wohnhaft gewesene Kurpfuscherin Frau Krüger von Neu-Hort aus Wroplitz, in welchen sie ihr magnetisches Naturheilverfahren anpreist. Das Publikum wird vor einer Verbindung mit der Genannten mit dem Vermerken gewarnt, daß die Frau nach ärztlichen Gutachten an hysterischer Verriicktheit und Querulantenwahnsinn leidet.

Der deutsche Tierchutz-Verein hat das Ministerium des Innern durch eine motivierte Eingabe gebeten, daß ihm alle, den Vogelfängern in der näheren Umgebung Berlins durch Gendarmen und Schutzeleute abgenommenen Vögel übergeben werden. Bisher wurden diese Vögel stets an Ort und Stelle in Freiheit gesetzt. Ein derartiges Verfahren ist jedoch nicht praktikabel. Der Leim der Leimruten haftet nicht nur an den Füßen, sondern auch an den Flügeln und Federn der Tiere. Diese nehmen daher Sand, Gahrne, Laub usw. an ihrem Gefieder auf und müssen, da sie nicht fliegen können, entweder verhungern oder werden eine leichte Beute der Katzen und anderen Raubjagdes. Der Verein will nun diese Vögel sachgemäß von Leim und Staub reinigen und sie dann, wenn sie den freien und ungehinderten Gebrauch der Flügel wieder erlangt haben, im Tiergarten aussetzen.

In der Friedhofsfraße schreibt die „Voss. Ztg.“: Die Nachrichten hiesiger Blätter über eine bereits vorliegende Entschädigung des Magistrats von Berlin zu einem Vergleiche in Sachen des Friedhofs der Märzgefallenen ist leblich der Grund eines hiesigen Berichtserstatters entsprungen. Ueber die Sitzung des Bezirksausschusses am letzten Dienstag wird der Vertreter des Magistrats, Stadthauptmann Neubrühl, in der nächsten Magistratsitzung am Freitag Bericht erstatten, worauf dann der Magistrat zu beschließen haben wird. Bis gestern Abend hatten, wie wir hören, noch nicht einmal vertrauliche Besprechungen der Magistratsmitglieder über die von der Regierung gewünschte Umänderung des Entwurfs für das Friedhofsportal stattgefunden.

Abhängig beschieden hat die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin eine Eingabe des Vereins Berliner Möbeltransporteure um Herstellung besserer Zustände und baulicher Veränderungen am Ostbahnhof. Die Petenten weisen auf die vielen Unzuträglichkeiten hin, die sich aus dem Mangel einer guten Verbindung zwischen der Verladungstrampe und dem Güterbahnhof ergeben und die Benutzung des Ostbahnhofes deshalb erheblich erschweren.

Beim Abbruch eines Wagenschuppens in Marzfallgebäude an der Charlottenstr. 39/41 ist gestern, Donnerstagnachmittag, der 33 Jahre alte Zimmermann Oskar Seefeldt aus der Pannierstr. 5 zu Nixdorf schwer verunglückt. Beim Abtragen von Brettern trat er auf einer Leiter fehl und stürzte aus einer Höhe von fünf Metern auf den gepflasterten Fußboden hinab. Der Verunglückte erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und liegt im Krankenhaus bedenklich darnieder. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Die Oberbaumbrücke wird bekuß Verlegung eines Hauptwasserrohres bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenfalls wegen Veränderung am Wasserrohrnetz tritt eine Sperrung der Sieberstraße für heute ein. Wegen Anpflasterungen werden die Landbergerstraße von der Gäßchenstraße bis zum Landberger Platz von heute ab und der westliche Damm der Schweinminderstraße von der Süd- bis zur Nordseite des Wineta-Platzes einschließlich des Kreuzdammes von heute ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Mit Cyanall hat sich gestern Abend der Schankwirt Bietsch in seiner Wirtschaft Straußbergstr. 51 vergiftet. Geschäftsförger sollen ihn in den Tod getrieben haben.

Einen tödlichen Ausgung hat der Unfall genommen, der sich am Dienstag in der Kinderbewahrs-Anstalt der Oberlinstraße 14 in der Reuen Hochstr. 55 zutrug. Die 2 1/2 Jahre alte Martha Dittmann, die dort aus einem Fenster des ersten Stockwerks auf den Hof hinabsiel, ist im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Ausgabe von festen, d. h. an den Tag gebundenen Abonnements für das neue Quartal in den nächsten Tagen geschlossen. Die Abonnementsliste für das letzte Quartal enthalten fünf Billets. Die Post „Der Mann im Monde“ wird heute zum vorletzten Male wiederholt.

Im Metropol-Theater schließt die Winteraison am Sonntag; es finden daher nur noch drei Aufführungen des Raubvögels: „Die eiserne Jungfrau“ hat; ebenso tritt Hr. Severin nur noch an drei Abenden in der Pantomime: „Après de Bal“ auf und beschließt am Sonntag sein Gastspiel. Am Montag steht das Theater wegen der Vorbereitungen zur Eröffnung der Sommer-Specialitäten-Season geschlossen.

Feuerbericht. Donnerstags früh 3 Uhr war Gräner Weg 81 ein kleiner Kellerbrand abzulöfchen. Gegen 8 Uhr waren Zehdenickerstr. 22 Holz- und Strohpforten in dem zu einem Kesselhause gehörenden Vorratsschuppen in Brand geraten, der zu seiner Beseitigung längeres Wassergerben erforderte. Mittwochabend wurden unter den Linden 19 im Seitenflügel Fußboden und Kalkenlage sowie verschiedener Hausrat vom Feuer zerstört. Brandenburgstr. 4 mußte ein Zimmerbrand und Prinzenstr. 81 ein Küchenbrand beseitigt werden. Müllerstr. 3a ging mittags ein kleiner Fachbau in Flammen auf. Kurz vorher erfolgte Alarm nach Linienstr. 42, der durch übergelochten Theer veranlaßt war, aber besonderen Schaden nicht anrichtete. Gleichzeitig war Frankfurterstr. 41/42 ein Kellerbrand und Breslauerstr. 17 ein Küchenbrand zu dämpfen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer Sitzung vom letzten Mittwoch mehrere kleinere Vorlagen betr. den weiteren Ausbau der Gasanstalt II, betr. die Erbauung von Schulen an der Anesebeck- und Pleibtrienstraße und betr. den Bau des Hospital- und Sickenhauses. Sodann beschloß die Versammlung mehrere Positionen des Etats zu verstärken, und zwar die Position „Schreibmaterialien, Insektionskosten, Druckkosten“ sowie die Position „Stellvertretung“. Die Verstärkung der letztgenannten Position wurde mit dem Vorkommen zahlreicher Ertrankungsfälle begründet, die zum Teil längere Vertretungen erforderlich gemacht haben. In nicht öffentlicher Sitzung beschloß die Versammlung über die Vorlage betr. Entschädigungen für Durchfeuchtung von Grundstücken in der Nähe des Rieselfeldes zu beraten. Der Antrag des Magistrats lautete: a) Der Magistrat wird ermächtigt, Entschädigungen für Durchfeuchtung von Grundstücken in der Nähe des Rieselfeldes aus dem Kanalisations-Etat Ordinarium Ausgabe Titel 4 Position 18 des Rechnungsjahres 1898/99 bezw. 1899 auch in Fällen, in denen eine gerichtliche Beurteilung nicht vorliegt, zu gewähren, wenn dieselben von der Kanalisations-Deputation geprüft und festgestellt sind, und wenn die für das einzelne Jahr zu gewährenden Entschädigung im betreffenden Falle den Betrag von 500 M. nicht übersteigt. b) Diese Ermächtigung gilt auch mit rückwirkender Kraft für diejenigen Fälle, in welchen der beanspruchte Schaden bereits vom Magistrat anerkannt ist.

Einen ähnlichen Zweck verfolgte die Vorlage betreffend Entschädigungen für Durchfeuchtungen auf dem Gute Amalienhof. Die schon vor mehreren Jahren nördlich vom Rieselfeld in den sogenannten „Weinbergen“ aufgetretenen Durchfeuchtungen haben sich im vorigen Jahre nach Westen hin ausgedehnt und einige Teile des zur Julius-Lazarus-Stiftung gehörigen Gutes Amalienhof in Mitleidenchaft gezogen, welche meist an kleine Leute zu mäßigen Preisen verpachtet sind. Durch die Durchfeuchtungen ist die Ernte dieser Leute ganz oder teilweise zerstört. Auf dem westlichen Ende der Entschädigungen zu erstreiten sind die in ihrer wirtschaftlichen Lage schwer geschädigten Pächter meist nicht in der Lage, da ihnen die Mittel hierzu fehlen. Sie haben sich deshalb mit der Bitte um Gewährung von Entschädigungen an den Magistrat gewandt, und dieser schlägt der Stadtverordneten-Versammlung vor: a) An eine Reihe von in einer besonderen Kaufweitung namhaft gemachten Pächtern von Ländereien des zur Julius-Lazarus-Stiftung gehörigen Gutes Amalienhof und an die Julius-Lazarus-Stiftung selbst sind Summen zum Gesamtbetrag von 3225,55 M. als Entschädigung für Schäden, welche infolge von Durchfeuchtungen im Jahre 1898 entstanden sind, zu zahlen. b) An das Kuratorium der Julius-Lazarus-Stiftung sind 828,50 M. als jährliche Entschädigung in halbjährigen Raten im Voraus vom 1. April dieses Jahres ab bis zur Beseitigung der Durchfeuchtungen auf den fraglichen Ländereien zu zahlen unter der Bedingung, daß das Kuratorium der Julius-Lazarus-Stiftung der Stadtgemeinde Charlottenburg gegenüber für sich und für die Pächter darauf verzichtet, während dieser Zeit weitere Entschädigungsansprüche irgend welcher Art in Bezug auf die fraglichen Ländereien der Stadtgemeinde Charlottenburg gegenüber geltend zu machen. c) An die Gärtner R. Zechner u. Lobbes in Amalienhof sind für die im Jahre 1898 entstandenen Schäden in ihren Gärtnereien 150 M. bezw. 300 M. als Entschädigung zu zahlen. d) Die Kosten zu A und C sind auf das Ordinarium des Kanalisations-Etats 1898 zu übernehmen, die Kosten zu B fallen dem jeweiligen Kanalisationsetat (Ordinarium) zur Last. — Die Versammlung nahm die Magistratsvorlage an. Schließlich erledigte das Haus noch eine Anzahl unbedeutender Vorlagen und überwies den Antrag betr. die Abänderung der Kanalisationsordnung an einen Ausschuß.

Von einem großen Dachstuhlbrand ist aus bisher unaufgeklärter Ursache in der gestrigen Nacht das Haus Gleditschstr. 14 in Schöneberg heimgesucht worden. Um Mitternacht ging der Dachstuhl des Vorderhauses in Flammen auf, und die Schöneberger Berufsfeuerwehr sah sich einen großen Brandherd gegenüber. Fast gleichzeitig mit ihr trafen vier Jügel der Berliner Feuerwehr zur nachbarlichen Hilfe ein, die jedoch nicht in Thätigkeit traten, sondern eine Zeit lang in Reserve standen. Die Schöneberger Feuerwehr hatte inzwischen den Brand von verschiedenen Seiten mit mehreren Rohren angegriffen, und in harter Arbeit glückte das allmähliche Zurückdrängen des Feuers, das auf seinen Herd beschränkt wurde. Dasselbe ist über das Vorderhaus nicht hinausgekommen, doch ist der Materialschaden ein recht erheblicher. Der gesamte auf dem Dachboden liegende Hausrat ist vernichtet, auch ist der Dachstuhl des Vorderhauses total heruntergebrannt. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis heute Mittag hin.

Heute vor 50 Jahren, am 28. April 1849, wurde Nixdorf durch eine gewaltige Feuersbrunst vollständig eingeeäschert. Eigentümlich war der Anlaß zu diesem Unglück. Auf dem Gehöfte des Bauers Wilhelm Mulad hatte sich ein Storch niedergelassen. Nach diesem schloß der Arbeitmann Kusche und benutzte dazu als Gefäß einen mit Berg umwickelten Propfen. Das Gefäß verfehlte aber sein Ziel und fuhr in das Strohdach der Scheune, dieses entzündend. Ein starker Südostwind führte drennendes Stroh und Moos auf die umliegenden Gehöfte und mit rasender Geschwindigkeit ergriff das Feuer das ganze Dorf. 52 Wohnhäuser, 28 Scheunen und 74 Ställe wurden in Asche gelegt, wie Eugen Trebe in der „Geschichte Nixdorfs“ berichtet. Mehr als 100 Familien irren obdachlos umher. Die Ackerwirte hatten sämtliche Futtermittel, Saat- und Futterkartoffeln verloren; fast nichts war ihnen geblieben. Die Nächstenliebe suchte aber die Not nach Möglichkeit zu lindern. Sammlungen zum Besten der Abgebrannten ergaben eine Summe von 24 000 M.

Nixdorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag, den 1. Mai, im Apollo-Theater „Ph. Thomas“, Hermannstr. 48/50, unsere diesjährige Raifeier, bestehend in Lokal- und Instrumentalkonzert, Kurzerischen Aufführungen, Saal- und Korfsofarten, Lebenden Bildern und Tanz stattfindet. Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags, Tanz 5 Uhr. Billet 20 Pf. Vormittags 10 Uhr findet in obigem Lokal eine Volksversammlung für Männer und Frauen statt.

Tagesordnung: Der 1. Mai und seine Bedeutung. Referent: Schriftsteller Genosse G r e m p e. Arbeitslose, die organisiert sind, erhalten in der Versammlung ihr Freibillet zu obigem Vergnügen. Siehe Annonce und Säulenanschlag.

Aus Nixdorf. Seinen Brandwunden erlegen ist im Kreis-Krankenhaus zu Birk der Schuhmachermeister Lutter von hier, welcher, wie wir berichteten, durch die Explosion einer Petroleumlampe schwere Verletzungen erlitten hatte. — Am Stiefholweg wurde gestern auf einer langen Strecke der Draht der Fernsprechleitung gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur. — Der 43jährige Schirmmacher Baudler, Bangladstraße 1 wohnhaft, machte gestern seinem Leben durch Erhängen ein Ende. Das Motiv der That soll Lebensüberdruß sein. — Die 19jährige Tochter des Schuhmachers Scheller in der Vergfirstraße wurde gestern von einem maulorblonden Hunde überfallen und nicht unerheblich verletzt. Die Besitzerin des bissigen Thieres, eine Frau Lautenbach in der Thuringerstraße, ist zur Anzeige gebracht worden. — Kreis-Schulinspektor Dr. v. Komarowski, dem die hiesigen Gemeindeschulen unterstehen, soll am 1. Mai nach einem anderen Wirkungskreis versetzt werden, was von der Lehrerschaft allgemein bedauert wird. — Die erste diesjährige ordentliche Generalversammlung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse findet am Freitag, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, im Klemke'schen Lokale, Vergfir. 137, statt.

Nixdorf. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich gestern vornehmlich mit der Wahl ständiger Deputationen, nachdem die acht neuen Stadtverordneten eingeführt und verpflichtet worden waren. Im Steuer-Ausschuß wird hinfür Genosse Ph. Thomas als Bürgerdeputierter die Sozialdemokraten vertreten. Bürgermeister Boddin schlägt vor, die Wahl von drei Stadtverordneten für die Schuldeputation zu verlagern und die vorbereitende Kommission nochmals tagen zu lassen. Es sei ihm erst zu spät eine Circular-Verfügung des Ministers der geistlichen und Schulangelegenheiten bekannt geworden, die geeignet wäre, für die Wahlvorbereitung eine andere Grundlage zu schaffen. Verständnismäßig hörte die Versammlung diesen dunklen Hinweis auf den Fall Singer mit an. Es erfolgte kein Widerspruch. Die Kommission wird sich noch einmal gründlich mit der Sache beschäftigen. Für die Schul-Deputation war der Genosse Ostermann mit vorgeschlagen. Die Wahl der übrigen Deputationen ging glatt von statten. Nur in die Deputation für die Kanalisationswerke und das Rieselfeld Wahnamsdorf wollten verschiedene Herren den Genossen Negeuer nicht hinein haben. Ostermann sprach hierzu ein paar ernste Worte, worauf Negeuer fast einstimmig gewählt wurde. Unsere Genossen sind ferner vertreten: in der Deputation für den Verkehr, den Straßen- und Wegebau usw. durch Ostermann, in der Deputation für die Gemeinde-Gasanstalt durch Conrad und den Bürgerdeputierten G. Müller, in der Deputation für die Gemeinde-Kantinenanstalt, die Desinfektionsanstalt, die Waisenanstalt und das Armenhaus durch Dr. Silberstein und Preller; in die Deputation für die Verwaltung des Grundeigentums zc. durch Keller und Sch; in der Deputation für den öffentlichen Arbeitnachweis durch Wagh und Herrmann; in der Deputation für die Realschule durch die Bürgerdeputierten Thomas und G. Müller; in der Deputation für die Fortbildungsschule durch Janiszewski und Wyki; in der Deputation für die Unterhaltung der Kirchhöfe durch Münzer, in der Revision-Kommission durch Jäger. Die Bildung einer Gewerbe- und Sanitätsdeputation wurde vorläufig ausgesetzt.

Zum Polizeidirektor von Nixdorf ist, wie ein hiesiges Blatt erfahren haben will, der zur Zeit im Berliner Polizeipräsidium amtierende frühere Landrat des Kreises Ober-Taunus, Hoffmann, ambedenkt. Für den Posten des Polizeirats ist, wie wir bereits gemeldet haben, Kriminalkommissar Bösel in Berlin bestimmt.

Köpenick. Den örtlichen Verhältnissen entsprechend ist die diesjährige Raifeier von der hiesigen Arbeiterkassette folgendermaßen arrangiert worden: Am Sonntag früh findet ein Ausflug vom Restaurant Stippelohs aus über Herdebusch, Ravensstein, Friedrichshagen und denselben Weg zurück statt. Montagabend 8 1/2 Uhr wird eine Volksversammlung im Lokale des Herrn Klein (Stadttheater) abgehalten, in welcher Genosse Sonnenburg „Friedrichshagen über: Das Meinenfest des internationalen Proletariats“ sprechen wird. Gleichzeitig werden die Genossen auf die Volksversammlung am 27. April, abends 8 Uhr, hingewiesen, in welcher Genosse A. Bebel über „Unsere Lage“ referieren wird. Da die Versammlung in Reike's Gesellschaftshaus, Grünauerstraße, stattfindet, so ist es den Genossen in den Nachbarorten Grünau und Adlershof leicht, daran teilzunehmen.

Der Vertrauensmann von Pantow-Niederschönhausen er sucht uns, folgendes zu veröffentlichen: Die Genossen von Pantow-Niederschönhausen werden darauf aufmerksam gemacht, daß der Raufklub „Weißfeldstr.“ (Berlin) und der Theaterverein „Nordstern“ (Berlin) in Pantow bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstraße, eine sogenannte „Raifeier“ veranstaltet. Die Parteigenossen am Orte haben mit dieser Raifeier, welche nur dazu dient, die Vereinstafel obiger Vereine event. zu füllen, nichts zu thun. Wir erziehen daher die Genossen von Pantow und Niederschönhausen, den in unsern Versammlungen gefaßten Beschlüssen gemäß sich am Vormittag an der Versammlung bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstraße, und am Abend an der Raifeier bei Plauerod, Wollanstr. 113, zu beteiligen. Das Nähere in der Annonce in der Sonntagsummer des „Vorwärts“.

Anabenstreiche. Auf vorüberfahrende Eisenbahnzüge ist in einer Vorstadt von Spandau wiederholt mit Steinen geworfen worden; letzthin wurden in einem D-Zuge Berlin-Möln dadurch Fenster Scheiben eines Abteils zweiter Klasse zertrümmert. Als die Thäter sind jetzt zwei Schulknaben aus der Seefeldstraße ermittelt worden, deren elterliche Wohnungen unweit der Eisenbahn gelegen sind.

Zu falschen Gerüchten gab das Verschwinden der 17jährigen Tochter des Arbeiters Nibel in Mummelsburg Veranlassung. Am Freitag hatte das Mädchen sich aus der Wohnung der Eltern entfernt, ohne daß ein Grund hierfür angegeben wäre. Bald verbreitete sich am Orte die Nachricht, daß an dem jungen Mädchen ein Verbrechen begangen worden sei, und verfaßt wurden die Versionen hierüber noch, als der 21jährige Arbeiter Nibel in dieser Sache in Untersuchungshaft genommen wurde. Bald stellte sich jedoch heraus, daß f. keinerlei Beziehungen zu der Verschwindenen hatte und daß überhaupt die Annahme von einem verübten Verbrechen der Begründung entbehrt. Nibel wurde selbstverständlich wieder entlassen.

Der Landrat des Niederbarnimer Kreises hat wegen der immer mehr um sich greifenden Maul- und Klauenseuche das Treiben von Schweinen im Kreise verboten. Den Ortspolizeibehörden ist aufgegeben, die angeordneten Vorbeugungsmaßregeln auf das Schärfste zu überwachen und gegen Zuwiderhandelnde das Strafverfahren einzuleiten.

Zu Neu-Nahndorf geriet am Montagvormittag eine größere Schenke in Brand. Das Feuer richtete bei der zur Zeit herrschenden Dürre großen Schaden an; einige Morgen junger Kiefern sind vernichtet worden.

Vermischtes.

In Dortmund fand Donnerstags früh in einem Hause der Münsterstraße eine Gasexplosion statt, durch welche mehrere Personen verletzt wurden, darunter zwei Dienstmädchen erheblich.

Der Dieb, der zu Nürnberg die Edelsteine vom Regement des Prinzen Max von Sachsen stahl, ist entdeckt. Es war der Lehrling eines Schreiners, der für die Sakristei einen neuen Schrank lieferte. Er benutzte einen Augenblick des Alleinsseins in der Sakristei, die Steine zu stehlen.

In Woldegk, Mecklenburg-Strelitz, hat sich der Direktor der dortigen Vorhau-Anstalt, Kornhändler Schmidt, erloschen. Unterhaltungen, die er sich im Laufe seiner Amtshaltung in größerem Umfange hat zu Schulden kommen lassen und deren Entbedung unmittelbar bevorstand, sollen der Grund gewesen sein, der ihn in den Tod getrieben hat. Die vermittelte Summe beläuft sich bisher auf ungefähr 90 000 M., jedoch soll der Fehlbetrag, dessen genaue Höhe sich erst in einiger Zeit feststellen lassen kann, erheblich größer sein.

Marktpreise von Berlin am 26. April 1899

nach Ermittlungen des kgl. Volksgeldprüfungsamts.

Weizen	D. Gr.	16,10	15,--	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
Roggen		14,70	13,70	Rohfleisch		1,60	1,--
Butter-Gerste		13,20	12,50	Hammelfleisch		1,60	1,--
Dofar gut		15,40	14,90	Butter		2,60	2,--
mittel		14,50	14,30	Gier, 60 Stück		3,60	2,40
gering		14,20	13,70	Rarolen	1 kg	2,20	1,20
Rüchtrich		4,32	3,60	Kafe		3,--	1,80
Heu		6,50	4,30	Zander		2,60	1,--
Erbsen		40,--	25,--	Seiche		1,80	1,20
Speisebohnen		60,--	25,--	Haride		1,60	0,80
Hansen		70,--	30,--	Schleie		3,50	1,20
Kartoffeln, neue		6,--	4,--	Wreie		1,40	0,80
Widderfleisch, Reule 1 kg		1,60	1,20	Kreife per Schod		12,--	2,50
do. Guch		1,20	1,--				

Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Volksgeldprüfungsamt für den Doppel-Centner.
*) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 27. April. Roggen lag um 1 M. an. Weizen verkehrte still und wenig verändert. Hafer still, Mais unverändert. Rüböl geschäftlos. Am Spiritusmarkt lagen größere Ordres für auswärtige Rechnung vor. Die festere Tendenz konnte sich behaupten. 70er Vocoware wurde mit 40,90 M. gehandelt (+ 0,20 M.). 60er Spiritus nicht zugeführt. Termine zogen im Laufe des Geschäftes um 20 bis 30 Pf. an. - Kartoffelmarkt. Berlin, 27. April. Feuchte Kartoffelstärke per 100 Kg. 10,30 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kg. 20,50-20,60 M., da Supra 21-21,25 M., Sekunda 18,00-18,50 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kg. 20,50-20,60 M., da Supra 21-21,25 M., da Sekunda 16-18,50 M. - Berlin's Gerichte- und Mehlmarkt. Zu Wasser vom 26. April mittags bis 27. mittags betragen 495 T. Weizen, 515 T. Roggen, 149 T. Hafer, 94 T. Gerste, 301 T. Mais, 2475 D. Gr. Weizenmehl. - Eierbericht vom 27. April. Normaler Eier 2,20 bis 2,60 M., kleine 2,00-2,05 M. Tendenz etwas fester.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementzahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.
Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abgehalten.
Buddha. Verum! Eingelagerte Druckmaschinen werden in der Pächterschank zwar registriert, nicht aber damit empfohlen. Darum keine Feindschaft.
P. C. Lesen Sie die betreffenden Artikel unter „Bart“, „Haar“ usw. im Konversations-Lexikon nach G. V. Str. Südliche Sparkasse.
Zwei Wettende. 1888.

W. M. 86. Sie melnen wahrscheinlich die Paderbörner Stiftung, aus der jährlich etwa 28 Rahmaschinen besonders an Hilfsbedürftige gebildet werden. Um herabzulassen zu werden, wendet man sich an den Oberbürgermeister resp. Bürgermeister von Berlin. Rahmaschinen auf Abzahlung gemähten unter Umständen: der Frauen-Verein (Pran v. Krause, Wilhelmstr. 65), der Vercorverein, Schniggraderstr. 90, und der Verein gegen Verarmung deutscher Fam. Gendarmenmarkt.
W. 10. Veranmeldungsdarlegen können wir nur im Vereinskalender aufnehmen.
R. S. Adolffir. Schwermundtag nach dem Grafen v. Schwerin, der im preussischen Abgeordnetenhaus beantragte, einen Tag in der Woche zur Erleichterung von Vorträgen aus der Mitte des Landes festzusetzen. Der Ausdruck ist dann auch im Reichstag übernommen worden.

Witterungsüberblick vom 27. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. °C	Stationen	Barometer Hand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. G. °C
Stutgunde	757,0	SW	1	1/16 bed	9	Dapatzunda	760,0	W	4	wolklos	-4
Hamburg	756,0	SW	1	Rebel	8	Peteraburg	759,0	SW	3	2 bed	4
Berlin	758,0	W	1	heiter	9	Jort	759,0	SW	3	4 Rebel	11
Wicobaden	759,0	W	1	wolklos	9	Aberdeen	760,0	W	2	2 heiter	12
München	761,0	W	1	4 bed	6	Paris	762,0	W	2	Dunst	9
Wien	757,0	W	1	4 Regen	7						

Wetter-Prognose für Freitag, den 28. April 1899.
Hiemlich warm bei schwachen westlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 28. April.
Opernhaus. Die weiße Dame. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Fuhrmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Mann im Monde. Anfang 8 Uhr.
Leipzig. Die Pumpen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Plag den Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schlafwagen. Controleur. Vorher: Hum Eindecker. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofmann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Die Hugenotten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die eiserne Jungfrau. Hierauf: Nach dem Ball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Nach berühmten Mustern. Anfang 8 Uhr.
Salle. Alliance. Der sterbende Adolphe. Anfang 8 Uhr.
Oftend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshoftheater. Fuhrmann Henschel. Anf. 8 Uhr.
Alexandervplatz. Die Lebensmänner von Berlin oder: Der Raub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volks-Theater. Lumpacivagabundus. Ihr Cousin. Anfang 7 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjorde“. Opernvorstellung.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Oftend-Carl Weij-Theater.

Gr. Frankfurterstrasse 132.
Sam 27. Male:
Die Bulgaria.
Sensationsreiches Ausstattungsstück mit Gesang in 10 Bildern von Hans Buchholz. Geleitet von J. Dill. Musik von R. Hall.
Vorabendbillets haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an.
Frei-Konzert.
Anfang 8 Uhr.
Neues Schlußbild: Die Ankunft der Bulgaria in Hamburg.
Morgen: Dieselbe Vorhellung.
Sonntagnachmittag: Bei günstiger Witterung im Garten: Gr. Frei-Konzert. Anfang 4 Uhr.

Thalia-Theater.

Tresdenstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Erste Aufführung!
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von H. und V. v. Schönbach. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Benefiz für Georg Kaiser. Der Raub der Sabinerinnen. Nachher: Gesangsvorträge von Georg Kaiser.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
(Meusel, Pietro, Britton, Steidl, Kron, Schneider und Schrader.)
Britton als Panik-Zähler der Stolz vom Regiment.
Anfang heute 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk. Fremdenloge 2 Mk. Tageskarte 11-1. Die Plätze zu den nummerierten Orten sind seit 8 Tage lang von hier zu haben.
Jeden Freitag: Neues Programm.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Mann im Monde.
Voll mit Gesang in 5 Bildern von Eduard Jacobson.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Herrgottschnitzer von Ammergau.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Zweite Vorstellung im Schafspears-Gylnas: **Hamlet, Prinz von Dänemark.**
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Mann im Monde.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odoroneau u. Sturges. Musik von Ch. Andran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen, zum letztenmal in dieser Saison: **Der Bettelstudent.** Operette in 3 Akten von E. Willöder.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum drittenmal Male:
Die eiserne Jungfrau.
Fandeville in 3 Akten. Musik v. Barneq.
Hierauf am 1/10 Uhr:
Gastspiel von Mr. Séverin:
Après le bal
(Nach dem Ball).
Vantommme in 3 Bildern.
Pierrot, Kaiser . . . Mr. Séverin.
Dienstag, den 2. Mai 1899:
Eröffnung der
Sommer-Spezialitäten-Saison.
Operette - Ballett
Erste Spezialität.-Nummern.

Entree 50 Pf

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Um 8 Uhr: im Theater:
Das Land der Fjorde.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

Letzte Woche!
Das Riesenweib.
Die schöne Tarawierte.
Von 6 1/2 Uhr:
Theater varié.
Excelsior, dargestellt von 500 künstl. Menschen.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panoptikum.

Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.
Neu umgestaltet und verschönert!
Rumänische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich:
Variété-Vorstellung und Konzert.
Mittwoch, den 3. Mai 1899:
Grosse Gala-Abschiedsvorstellung.
Nach der Vorstellung:
Sommernachts-Ball mit vielen Überraschungen.

Alcazar-Theater

Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit stürmischem Jubel!
Endlich allein!
Gesangs-Voll von Joh. Eihner. Musik von Max Schmidt.
In Scene geleit v. Otto Wendt.
Dazu das vorzüglichste neue Special-Programm, u. a.
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire.
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.

Mährs Theater

Oranien-Strasse 21.
Täglich:
Der Goldbauer.
Original-Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 6 Uhr.
Wochentags Fond Völligkeit.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Nur noch bis 1. Mai:
Allabendlich um 8 1/2 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Dazu das erstklassige große Spezialitäten-Programm.
Sonntag, den 30. April:
Letzte Sonntags-Vorstellung.
Montag, den 1. Mai:
Schluss der Saison
Großes Maifest.
Abschieds-Vorstellung.
Sommernachts-Freitag.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Billet-Vor. vorm. v. 11-1 Uhr.

Entree 50 Pf

Metallarbeiter!

Montag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr:
Oeffentl. Versammlung
im „Feenpalast“, Burg- und Wolfgangsstraßen-Ecke.
Tagesordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Otto Naether.

Alle diejenigen Kollegen, welche verhindert sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, sind gehalten, 50 Pf. zum Raifonds beizusteuern. Raifmarken à 50 Pf. sind bei den bekannten Vertrauensleuten und Kassierern erhältlich.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter: Otto Naether, S. Annenstr. 39.

Stralau-Rummelsburg u. Umg. Grosse Maifeier

am Montag, den 1. Mai, im Lokal der Bwe. Schouert, „Neu-Seeland“, Stralau.
Großes Vokal- und Instrumental-Konzert
ausgeführt von Civil-Versämslern und Arbeiter-Gesangvereinen (R. des A.S.S.)
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Abends 8 Uhr: Festspre, gehalten vom Genossen J. Hoffmann-Berlin.
Anfang des Konzerts 5 Uhr nachmittags. Entree 15 Pf. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. - Im Garten: Kinder- und Volksbelustigungen.
Um recht zahlreichen Besuch erluchen.
Die Vertrauensleute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Dentshr. 20-21:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Cisler-Verein.

Sonnabend, den 29. April ex., abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: „Aus der Chemie der Ernährung.“ 2. Besprechung über die Herrenparität. 3. Vereinsangelegenheiten.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß infolge Krankheit des Kassierers der zweite Kassierer Herr Kretschmar, Fruchtstr. 41, die Kassengeschäfte übernommen hat. Krankenscheidungen usw. sind an denselben abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr zu richten.
198/11 Der Vorstand.

Sattler (Treibriemen-Arbeiter).

Sonnabend, den 29. April ex., abends 8 1/2 Uhr, bei Hartmann, Pflingstr. Nr. 6:
Versammlung der Sattler und Treibriemen-Arbeiter des Nordens.
Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.
Um zahlreichen Erscheinen erluchen.
Der Vorstand der Pflingstr. Berlin II. S. N.: A. Kässner.

Verein der Leitergerüstbauer Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 30. April, vormittags 9 Uhr, bei Herrn Zabell, Lindenstr. 107:
Versammlung.

Holz-u. Bretterträger

Berlins und Umgegend.
Montag, den 1. Mai, abends 8 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung

G. Jacksons Elektrotechnik

Berlin SW., Alte Jakob-Strasse 24. Telefon: IV 2042.
Anfang Mai neuer Abendkursus.
Gediegene Ausbildung. Zeugnisse. Stellennachweis.
NB. Die Stelle eines ersten Maschinisten (Centrale, Wechselstrom, Wasserkraft und Dampftrieb) ist zu besetzen. 2900b

W. Noacks Theater

Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der Wildschütz
Schwank mit Gesang in 3 Akten von H. Kotzebue.
Vorher: **Gringoine.**
Schauspiel in 1 Aufzug v. O. Raubold.
Nach der Vorstellung: **Lanzentränzen.**

Ostbahn-Park.

(Germanns Jubb).
Am Köpenicker Platz, Rüderrd. 77.
Sonntag, den 30. April 1899
Eröffnung der Sommer-Saison.
Grosses Konzert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr.
Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf.
Kaffee-Küche, Kegelbahnen, Volksbelustigungen aller Art. G. Jubb.

Charlottenburg.

Schmerzliche Erinnerung an Todestage unseres unvergesslichen geliebten Vaters, Paters, Sohnes, Bruders, Neffen und Schwagers, des Himmerers **Carl Bartel** gestorben am 28. April 1898.
Ein Jahr unwechelt in Trauer und Frieden 2999b
Ich hebe Karf am stillen Ort; Ob Du auch still bist und geschieden,
In unserm Herzen lebst Du fort! Gemeldet von den Vertrauensleuten Hintorbliebensen.

Radfahrer!

Die Produktiv- und Einfalls-Gemeinschaft für Radfahrer läßt ihren Mitgliedern gute u. billige Anzüge in eigener Werkstatt herstellen. Geschäftsstelle Marilländer 17, u. 7-9 Adde.
Achtung! 13822* Achtung!
Radfahrer!

Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren
v. 16, 20, 25 M. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren
9, 12, 15 M.
Regulator 9, 14, 20 M. etc.

G. Wagner

Skalltzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.
Wöbel, einzeln wie in ganzen Reihe zu Herrenanzügen, schöne Waiver 7-10 M. für 12 M. H. Gueplet, auch Kompartimente, Polster- und Sofenreste, so lange der Vorrat reicht.
im Riesenstofflager
14. Kranienstr. 14, 1 Tr., kein Laden. 11520L*

Nur 3 Mk.

Beste, sehr groß zu Anabenanzügen, Reihe zu Herrenanzügen, schöne Waiver 7-10 M. für 12 M. H. Gueplet, auch Kompartimente, Polster- und Sofenreste, so lange der Vorrat reicht.
im Riesenstofflager
14. Kranienstr. 14, 1 Tr., kein Laden. 11520L*

Frankfurter Allee 131.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!

Nicht mit ähnlichen Anpreisungen zu verwechseln!
Täglich viele Anerkennungen!

Specialität: Plattenloser Zahnersatz.

Künstl. Zähne, brauchbar . . . von 2,- Mk.

Plomben, schmerzlos von 1,50 Mk.

Electrische Bohrapparate und Mundbeleuchtung.

Frau Rentier J. schreibt u. a.:
Gestatten Sie mir, Ihnen nochmals meinen Dank auszusprechen für die bei mir so gänzlich schmerzlos ausgeführte Zahnoperation (13 Zähne). Seien Sie versichert, daß ich meinem Bekanntenkreise Sie aufs wärmste empfehlen werde.

Herr Ingenieur P. schreibt u. a.:
Ihr „Schmerzloses Operieren“ ist gegenüber dem fogen schmerz. Zahnziehen, welches ich bis jetzt leider durchziehen mußte bei anderen Zahnärzten usw., ein wahres Vergnügen. Ihre Instrumente sind volle Wahrheit. Ich kann Sie nur empfehlen.

Linde, Köpniekerstrasse 76
Sprechzeit 9-6.

Eingang
Brückenstrasse.
[18319*]

Herren-Garderobe fertige und nach Maß kauft man reell und billig Hauptstraße 143 bei M. Schulmeister, Schneidermeister.
Schöneberg, vis-a-vis dem Pferdebahn-Depot

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler zc.
(Fingelstr. Mittelstr. Nr. 3, Hamburg)
Verwaltung Berlin C.
Sonntag, 30. d. M., von 10^{1/2} Uhr, bei Jubel, Lindenstraße Nr. 100:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1899.
2. Antrag Bitte (Beitrag) Erhebung einer Erbschaftsteuer. 3. Verschiedene Angelegenheiten der Kasse.
Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
1824 Die Kreisverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.
(G. d. Nr. 3 Hamburg). Berlin G.
Die Zahlstelle Brandenburgerstr. 46 ist nach Petersburgerstr. 81 bei Felsch verlegt.
184/8 Die Kreisverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musik-Instrumenten.
Sonntags, den 6. Mai, abds. 8^{1/2} Uhr
General-Versammlung
Grenadierstraße 33
bei Mehlmann früher Buske.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht für 1898. 2. Bericht der Revisoren u. Entlassung des Revisors. 3. Wahl eines Kassierers. 4. Verschiedenes. (141/15)
An dieser Versammlung werden die Arbeitgeber und die über 21 Jahre alten Mitglieder ersucht eingeladen und ersucht, pünktlich u. zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand.

Orendt. Generalversammlung der Delegierten der Kreis-Krankenkasse der Tischler und verw. Gewerbe zu Berlin
am Sonntag, 30. d. M., vorm. 10 Uhr, im Restaurant Polak, Weinstr. 11.
Tagesordnung:
1. Bericht des Protokolls und der Delegierten. 2. Jahresbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Bericht des Vorstandes, betreffend die Behandlung der erkrankten Mitglieder in Krankenhäusern. 5. Kassensachenangelegenheiten.
Um pünktliches Erscheinen der Delegierten wird ersucht.
296/16
Der Vorstand.
Wih. Freyer, Vorsitzender, Brandenburgerstr. 6.
Ehrenerkklärung:
Die Beleidigung, die wir gegen Frau Schwichtenberg ausgesprochen haben, nehmen wir hiermit zurück.
Frau M. Siege. H. Knabe.

Jeder Raucher!
einer guten Cigarre wird bei einmaligem Versuch meiner konzentrierten hochfein geschmackten und tadelloser brennenden Cigarren (Cuba-Planzen) gewisslos betrieblieh sein u. häufiger Kunde bleiben. Am versende nach allen Orten gegen Nachnahme frei und Haus ohne weitere Unkosten:
300 Stk. f. 2 R. 5,50, 500 Stk. f. 2 R. 7,70, 1000 Stk. f. 2 R. 14,20.

Garantie! wenn nicht gut, Umtausch gestattet od. Betrag zurück.
J. Keppeler
Cigarrenfabrik u. Importeur
Augsburg. 1888*

Charlottenburg.
M. Schmerberg (1506*)
Wilmersdorferstrasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu aus. bill. Preisen.
Optische Artikel, Brillen werden schmerzlos geschliffen.

Bereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein Weis- u. Vatricshier-Vokal, nicht franz. Willard und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Ballabende.
Reich Schmidt (früher Dillstr. 49).

Prima Schokolade
30055) A Wd. 1 Wd.
Rückenfett A Wd. 50 Wd.
Lieser A Wd. 45 Wd.
C. Schubert, Straße 25.

Naturbutter, 10 Pfd. - Koffi 5,50 Wd., Bienenhonig 3,50 Wd. (2801b)
G. Zwyger, Probau, Destr. 13.

Moritzplatz, Dr. Simmel
Dand u. Aachinger 2 Treppen rechts.
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4*

Herren-Garderobe
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.
Berknäckleider für alle Gewerbe kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Inlins Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Friedrichstraße.
Specialität: [15333*]
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung hängt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Verantwortlicher Redacteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Wo ist die schönste 1540L*
Baumblüte
in Berlin? In
Warlichs Paradiesgarten
181, Schönhauser Allee 181
Fahrgeld wird vergütet.

Jacques Raphaëli
Inh.: **Th. Büsing**
— Berlin C., An der Spandauer Brücke No. 2.
Schuhwaren.
Eleganteste Passform.
Garantie f. Haltbarkeit durch gedruckte Garantiescheine



Für Herren:
Segeltuch-Schnürschuh Absatz, Lederbesatz . . . 3,10
Rindleder-Zug- oder Schnürschuh, reine Leder-zuthaten . . . 3,00
Echt Ziegenleder braun Schnürschuh . . . 5,75
Zugstiefel ohne Naht, Rindleder . . . 5,-
Zugstiefel ohne Naht, Wildkalbleder, genäht . . . 8,75
Schnürstiefel, la Rossi, hochfeine Ausführung, spits und eckig . . . 8,50
Derselbe in braun, echt Ziege . . . 10,-
Raphaëli Goodyear Welt, Kalb-Schnürstiefel, ohne Naht . . . 10,75

Für Damen:
Segeltuch-Schnürschuh, Absatz, Lederbesatz . . . 2,60
Rossi. Schnür- oder Knopfschuh . . . 3,75
Echt Ziegenleder braun, Schnür- oder Knopfschuh 4,25
Echt Ziegenleder, Schnür- oder Knopfstiefel 6,75, 7,50
Brauner echt Chevreaux-Knopf- od. Schnürstiefel in elegantester amerikanischer Façon, nur . . . 9,50

Kinder-, Mädchen-, Knabenschuhe u. Stiefel jeden Genres, jeder Größe in größter Auswahl.

Größtes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe, Cigarren, Cigaretten u. Spirituosen.

Bei Einkauf von M. 3,- an Reiseflasche mit Likör gratis.

Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.
Echte Kornbranntweine aus reinem Roggen und Haiz gebrannt.
Dießcher Alter 65 Wd., Weidenberger 55 Wd., Münchenerländer 110 Wd., Bredtauer 125 Wd., Steindäger, Doornik, Koudit zc. in Originalabfüllung.
Cognac in großer Auswahl, f. 1,10-25,00 M. Feinste in- und ausländische Biere, Ungarweine zc. empfiehlt die Weinhandlung von
F. Willumeit, Alexanderstraße 62, Postdamerstraße 48 (Eingang Kurfürstendamm), und 2. Kalfürstraße 135.

Herren-Garderoben
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.
Berknäckleider für alle Gewerbe kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Inlins Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Friedrichstraße.
Specialität: [15333*]
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung hängt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Herren-Garderobe
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.
Berknäckleider für alle Gewerbe kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Inlins Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Friedrichstraße.
Specialität: [15333*]
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung hängt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Herren-Garderobe
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.
Berknäckleider für alle Gewerbe kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Inlins Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Friedrichstraße.
Specialität: [15333*]
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung hängt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Herren-Garderobe
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modefarben.
Jünglings-Anzüge in schwarz, blau, Kammgarn, Cheviot und neuesten Modefarben.
Berknäckleider für alle Gewerbe kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei
Inlins Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Friedrichstraße.
Specialität: [15333*]
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung hängt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Iversgehofen



Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalft, Spezialität, . . . 7 Wd.
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 Wd.
" " Befest. u. Schnürverzierungen 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 7 Wd.
" Agraftentiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 Wd.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellenschuhe in den verschiedensten Dessins und Breiten.
Arbeitsschuhe, reell, solb, kräftig, 4,50 bis 6,50 Wd.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 Wd.
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 Wd. an.
" Schnürschuhe von 3,50 Wd. an.
" Hausschuhe von 3,00 Wd. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, außerst solb gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Hallschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 Wd. an. Große Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Flurschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Nebervorteilung ausgeschlossen.

Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.
W. Schillstraße 12.
Zettin, Weißhirschenstraße 14.
Gannover, Algenstraße 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Wagnersplatz 5.
Bremen, Jankestraße 75.
Puffelberg, Schadowstraße 57.
Ain a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 36.
Biel 67.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landsbergerstraße 7.
Dumboldstr. 22.
Krausenstr. 28.

Möbel-Kaufhaus
166^{II} Oranienstr. 166^{II} am Oranienplatz.
Beste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

30 Mark!!
elegante Herren-Anzüge nach Mass. 30 Mk.
hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. 15200*

Für 10 Mark hochelegante Bekleidungsstücke nach Mass, guter Stoff, tadelloser Sitz, Riesenstofflager
14 Krausenstrasse 14,
1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.

Sophastoffe
aus Resten
in Wisp, Damast, Crépe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig! [6129*]
Proben franko!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S., Krausenstr. Nr. 158.

Fahrräder
Bestes großes Lager erstklassiger Fabrikate auf [14129*]
Theilzahlung ohne Preiserhöhung zu den kausant. Zahlungsbedingungen. Katalog gratis
Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau
Lothvingerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

Diemand sollte versäumen,
bei Bedarf Brunnenstr. 110 (neben dem Pferdebahn-Depot) von Jgnatz Sello zu beziehen: Kriska, Maltrank, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100.

Bejohlanhalt, Wedding, Straße 7.
Sehr empfehlenswert!

Hohes Einkommen, auch Fixum, u. gut beleuchteten, intelligenten Herren angehörend, welche befähigt, kleine Geschäfte für eine durchaus solide Gesellschaft zu erreichen. Streb- same, fleißige Arbeiter können durch Ausnutzung ihrer Freizeiten einen wesentl. Nebenverdienst erlangen. Praktische Ausbildung erfolgt.
Offerten sub K. 1599 an das Anz.-Bureau Schadowstr. 8. [29515*]

Allerlei Anzeigen.

Mehl,
Sortenfein, seit 8 Jahren bestehend, verkauft sofort Veränderung halber
Richter, Weihenfer, Sedanstr. 20.
Wahrscheinl. Plättchenhalt billig zu verkaufen Grüner Weg 120 (Baden).
Damenrad, deutsches Fabrikat, 90 cm Radell, muß ich sofort verkaufen. Garant. noch 10 Mon. Längestr. 34 I I.

Vermietungen.

Schlafstellen.
Wohlf. Schlaf f. 8, sep., bei Curth Bahr, 21/22, Duergeb. 2907b

Eine freundl. Schlafst. zu vermieten Algenufer 22 bei Köppen. 3004b
Frödl. Schlafst. für Herrn bei Blinow Str. 1, Dach. [2909b]

Arbeitsmarkt.

Achtung, Drechsler!
In der Wilmersdorferstr. 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
79/14
Zugzug fernhalten.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei Elsholz, Krautstr. 52, haben die Kollegen im Streik. Zugzug fernhalten.

Stellenangebote.

Redacteur-Gesuch
Gesucht ein selbständiger Redacteur für ein täglich erscheinendes Blatt. Offerten unter K. 1 an die Exped. des „Vorwärts“.

Sänger
Einem guten
Strzelewicz
sucht
Blumenstraße 69.

Schiffsnieter.
Tüchtige Schiffsnieter können auf Dampfer u. Drais. Schiffsnieter, Heidehöfen, Kopenhagen, sofort Arbeit bekommen.

Gej. Korbmachergejellen
auf Arbeit. Altona a. Eide, Rathausmarkt 9, Herrn. Schütte.

Steinmetzen auf Marmor
verlangt
Zache, Weihenfer, Köpenickerstr. 129

Tüchtige Schreiner
verlangt
G. Zwickler u. Co., Algenstr. 82

Geübter Maler auf Goldbleichen gesucht Algenstr. 15 3007b

Steinmetz, Verlegen, verlangt
Schneider, Wartenburgerstr. 11.

Farbmalerei u. Verleger verl.
Goldbleichenfabrik, Herandammstr. 28.

Tüchtigen Anleger
für die Steindruck-Schneiderei suchen
Friedewald & Frick, Alte Jakobstr. 91.

Mamsells
auf Knabenbänken u. Blumen 70-1,2000
vert. dauernd in u. auherm Hause [2900b]
G. Zaaser, Brunnenstr. 84 II.

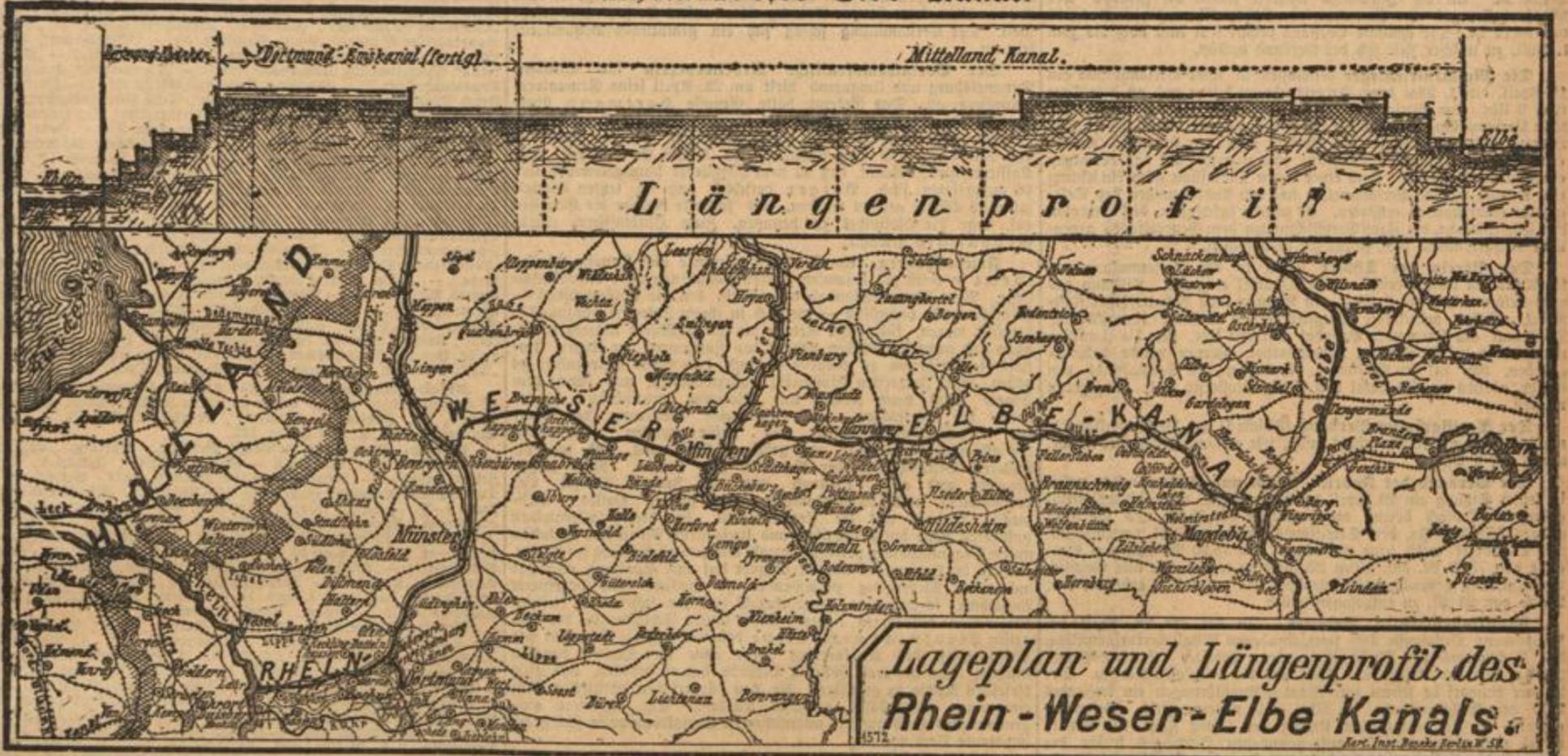
Hand-Verdunnen
auf mehrere Damen-Jackets, erst auf Badenlohn, späterhin auf Städt. werden sofort verlangt. [2900b]

M. Holz & Comp.,
Betriebsvermittler f. Damen-Jackets
Markgrafenstr. 42/44.

14jährig. Mädchen tagüber verlegt
2983b
Sojan, Brandstr. 35.

Witten-Rägerin verl. Gröbe, Frau
Straße 44/45, 2. Hof III. 2900b
Tücht. Verschnürerin verl. Limburg,
Kottbusser Damm 5, 3009b

Der Rhein-Weser-Elbe-Kanal.



Die Herstellung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals, also einer Kanal-Linie, welche den Rhein mit dem Dortmund-Embskanal, der Weser und der Elbe verbindet und also im weiteren Verlauf eine Wasserstraße von großer Leistungsfähigkeit zwischen dem westdeutschen Stromgebiet des Rheins, der bis nach Baden und Bayern hinein seine Arme erstreckt, und den bereits miteinander verbundenen ostdeutschen Stromgebieten der Elbe, Oder und Weichsel, schafft, ist von größter Bedeutung für das wirtschaftliche Leben nicht nur in Norddeutschland, sondern auch der süddeutschen Stromgebiete. Wir geben daher unseren Lesern in der beistehenden Karte eine Uebersicht über den Verlauf dieser großen Kanal-Linie als auch ein Längenprofil, welches die günstige Gestaltung der Wasserpegelverhältnisse des Kanals klar erkennen läßt.

Der Rhein-Weser-Elbe-Kanal ist in der Zeichnung durch eine starke schwarze Strichlinie, der bereits vom Rhein-Weser-Elbe-Kanal geschnittene bezugs. zum Teil benutzte Dortmund-Embs-Kanal durch eine starke Strichlinie mit 2 feinen Seitenlinien bezeichnet und die Kanalstrecke der Weser, welche aus Anlaß der Herstellung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals erfolgen soll und bis zur Mündung bei Bremen durchgeföhrt werden wird, ist durch zwei feine Strichlinien parallel mit dem Lauf der Weser und die Markierung der vorhandenen Schleusen deutlich wiedergegeben. Die sämtlichen Schleusen, welche sich in dem hier dargestellten Fluß- und Kanalnetz befinden, sind durch kleine schwarze spitzwinklige Striche bezeichnet. Der Rhein-Weser-Elbe-Kanal soll bei Saar am Rhein beginnen, in östlicher Richtung bis nach Herne führen, sich hier an den Dortmund-Embs-Kanal anschließen, dann den Dortmund-Embs-Kanal in nördlicher Richtung bis zum Orte Bevergern benutzen und von hier aus in östlicher Richtung nördlich an Osnabrück vorbei zur Weser bei Minden führen, dann weiter östlich die Leine bei Hannover kreuzen, ferner die Aller durchschneiden und unterhalb Magdeburg bei Heinrichsberg in die Elbe münden. Diese Kanal-Linie soll einen Wasserzubringer von der Ruhr bei Hohen-

Schburg, ferner ein Dampfpumpwerk bei Münster, eine Schleusentreppe bei Heinrichsberg, die neben dem dort befindlichen Hebewerk angelegt wird, erhalten. Eine zweite Schleuse bei Münster und ein Wasserzubringer von Kinteln an der Weser und von Kolding an der Leine nach dem Hauptkanal, ferner sollen Zweigkanäle abgehen nach Osnabrück, der Weser bei Minden, der Leine nach der Leine, nach Bülffel und Hildesheim, Lehrte, Peine und Magdeburg; ein Zweigkanal nach Braunschweig wird eventuell von Braunschweigischer Seite hergestellt.

Von der Weser-Kanalstrecke von Hameln bis Bremen fällt nur die Strecke von Minden bis Hameln unter den Vorläge- und Befehrentwurf, da vorausgesetzt wird, daß die Strecke Minden-Bremen durch die Stadt Bremen zur Ausführung gelangt.

Das im oberen Teil der Zeichnung enthaltene Längenprofil zeigt, wie günstig der Kanalwasserstand bei der im ganzen 408 Kilometer langen Strecke für den Verkehr ist. Im westlichen, auf unserer Karte links befindlichen Teile, befinden sich 7 Schleusen, vermittelst deren der Kanal vom Rhein aus nach der Höhe des Dortmund-Embs-Kanal bei Herne aufsteigt. Sodann bleibt der Wasserstand während einer Strecke von 85 Kilometern auf derselben Höhe sinkt, durch eine Schleuse bei Münster auf die zweit große Wasserhaltung, welche sich in einer Länge von nicht weniger wie 210 Kilometern ohne Schleuse bis nach Hannover erstreckt. Sodann steigt der Kanal vermittelst einer Schleuse zu einer neuen höheren Haltung empor, die sich in einer Länge von 92 Kilometern bis Oebisfelde erstreckt, und von hier aus führt dann vermittelst dreier Schleusen ein Abstieg durch das Thal der Ohre nach Heinrichsberg unterhalb Magdeburg statt. Im Ganzen hat der Kanal auf seiner Länge von 408 Kilometern nur 13 Schleusen, und ganz besonders hervorzuheben ist die außerordentlich lange Wasserhaltung von 210 Kilometern zwischen Münster und Hannover, auf welcher Kanalstrecke sich keine einzige Schleuse oder sonstiges Verkehrshindernis befindet.

Die Gesamtkosten des Kanals sind auf beinahe 261 Millionen, die Bauzeit auf 8 Jahre veranschlagt. Von dem Kanal liegen 39 Kilometer zum Teil in der Rheinprovinz, zum Teil in Westfalen, von dem Hauptkanal von Bevergern bis zur Elbe, der 325 Kilometer lang ist, liegen 61 Kilometer in der Provinz Westfalen, 146 Kilometer in der Provinz Hannover, 16 Kilometer in der Provinz Hessen-Nassau, 61 Kilometer in der Provinz Sachsen, 22 Kilometer im Fürstentum Schaumburg-Lippe, 19 Kilometer im Herzogtum Schaumburg. Von dem im ganzen 89 Kilometer langen Zweigkanal liegen 3 Kilometer in der Provinz Westfalen, 76 Kilometer in der Provinz Hannover und 10 Kilometer in der Provinz Sachsen.

Nach angestellten Berechnungen, bei welchen Schleppzüge vorausgesetzt sind, die aus Schleppdampfern und zwei Schleppflößen bestehen, hat die freie Kanalstrecke des Mittelkanals eine jährliche Leistungsfähigkeit von 10 Millionen Tonnen bei 13 stündigem Tagesbetriebe und 16 Millionen Tonnen bei 22 stündigem Tag- und Nachtbetriebe. Die Leistungsfähigkeit auf den mit Schleusen besetzten Strecken ist entsprechend geringer, ist jedoch nach Möglichkeit gesteigert, da die Schleusen sämtlich als Doppelschleusen eingerichtet werden.

Für den Dortmund-Rhein-Kanal betragen die Baukosten 45 298 000 M., die Betriebs- und Unterhaltungskosten 500 200 M.; für die Ergänzung des Dortmund-Embs-Kanals betragen die Baukosten 4 067 000 M., die Betriebs- und Unterhaltungskosten 36 000 M.; für den Mittelkanal mit Zweig-Kanal betragen die Baukosten 191 688 700 M., die Betriebs- und Unterhaltungskosten 1 347 300 M.; für die Weserkanalisierung Hameln-Minden betragen die Baukosten 19 751 000 M., die Betriebs- und Unterhaltungskosten 276 000 M. Die auf Bremen entfallenden Baukosten betragen also 290 784 700 M., und diejenigen der Betriebs- und Unterhaltungskosten 2 109 100 M. Die Bauzeit einschließlich der Zeit für die Bearbeitung der genaueren Entwürfe ist auf vier Jahre geschätzt worden.

Versammlungen.

Der Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises hielt am 18. d. M. eine stark besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder Pluschke, Klimmann, Rehler, Gutische, Jersch und Sikorski durch Erheben von den Plätzen. Der Vorsitzende Kiesel erstattete den Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Er bemängelte den schwachen Besuch der Vereinsversammlungen, der selbst, wenn es sich um prinzipielle Fragen handelt, viel zu wünschen übrig ließe. Es sei vorgekommen, daß eine Versammlung wegen dieses Uebelstandes nicht abgehalten werden konnte. Redner giebt der Meinung des Vorstandes Ausdruck, daß die Einrichtung der Zahlhabende nicht den Vorteil gebracht hätte, da durch den Besuch derselben den Parteigenossen keine Zeit und Mittel mehr übrig blieben, den Besuch der Versammlungen zu pflegen. Dasselbe ungünstige Bild lieferten die Klassenverhältnisse. Die Zahl der Mitglieder sei wohl um 872 im letzten Quartal gestiegen und zwar von 6087 auf 6959, doch sind ein Drittel davon mit ihren Beiträgen im Rückstande. Aus diesen Gründen hat der Vorstand sich veranlaßt gesehen, den Mitgliedern, welche verhindert sind, an den Zahlhabenden teilzunehmen, zu gestatten, ihre Beiträge bei den Anhabern der Zahlstellen zu entrichten. Jedoch darf dies nur in den Vorstädten geschehen, in welchen die Mitglieder wohnhaft sind. Nach einer kurzen Diskussion wird die Thätigkeit des Vorstandes gutgeheißen und demselben einstimmig Decharge erteilt. Kauschel erstattete den Kassenbericht für das letzte Quartal. Danach betrug die Einnahme 2309,70 M., die Ausgabe 1961,65 M. Ausgeschlossen sind zwei Mitglieder, Walthers und Rindke. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab folgendes Resultat: Max Kiesel erster, Sternkopf zweiter Vorsitzender, Kauschel erster, Bergemann zweiter Kassierer, Spebe erster, Gareis zweiter Schriftführer; Kiese, Freiburger und Dobroslaw, Weisler. Zu Abteilungsleitern wurden gewählt: für Schönhauser Vorstadt: Reibel; für Gesundbrunnen: Funk; für Moabit: Schröder; für Wedding: Kelzer; für Oranienburger Vorstadt: Freithaler; für Rosenthaler Vorstadt: Brand. Zu Reviseurs wurden gewählt: Kleinert, Klose und Trapp bestimmt. Ein Antrag Kiesel, über die Broschüren, die der Vorstand herausgibt, von den Mitgliedern aber innerhalb zwei Monaten nicht in Empfang genommen werden, dem Vorstand das Verfügungsrecht zu überlassen, wurde angenommen. Ein Antrag, die Diskussions-Abende aufzuheben, wurde gegen veringelte Stimmen angenommen.

Die Barbier- und Friseurgehilfen beschäftigten sich am 20. d. M. in 2 öffentlichen Versammlungen mit dem Reunwehr-Badenschluß. In der Versammlung in den Brunnenfässen referierte Vermke. Redner gab zunächst einen Uebersicht über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, schilderte sodann die wirtschaftliche Lage der Gehilfen und betonte, daß die Forderung des Reunwehr-Badenschlusses eine gerechtfertigte und bescheidene sei,

welche bei gutem Willen sehr leicht durchführbar ist. Mit der Aufforderung, der Organisation beizutreten, schloß Redner seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der Diskussion sprach der Prinzipal Deichsel für den Reunwehr-Badenschluß. Sodann gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung ist mit dem Referenten einverstanden und erklärt, daß der Reunwehr-Badenschluß, ohne für das Gewerbe schädlich zu sein, durchführbar ist. Die Versammelten verpflichten sich daher, für denselben einzutreten und sich der Organisation anzuschließen.“

In der zweiten Versammlung, welche bei Jubel stattfand, referierte Simon. Auch hier trat der Referent für den Reunwehr-Badenschluß ein und geißelte das Gebahren der Innungsmeister, welche sich der Forderung gegenüber durchaus ablehnend verhalten. Nach recht lebhafter Diskussion fand die oben angeführte Resolution einstimmig Annahme. Die Agitationskommission wurde ergänzt durch Vermke, Simon, Paritsch und Hampe.

Eine öffentliche Formerverversammlung, die am Montag im Quisenstädtischen Konzerthause tagte, nahm Stellung zur Waifeier. Unter Hinweis auf den Beschluß einer kürzlich abgehaltenen Vertrauensmänner-Konferenz, die sich für möglichst allgemeine Arbeitsruhe ausgesprochen hatte, empfahl Körsten der Versammlung, diesem Beschluß beizutreten. Er bemerkte, daß der Metallarbeiter-Verband seine Mitglieder, welche aus Anlaß der Waifeier gemahngelt werden, in ausreichender Weise unterstützen werde. Mit Ausnahme von Plath, der eine allgemeine Arbeitsruhe bei den Eisenformern nicht für durchführbar hielt, traten sämtliche Redner für Arbeitsruhe ein. Nach längerer Debatte schloß die Versammlung, welche zum größten Teil von Metallformern besucht war, einen Beschluß, der den Kollegen eine möglichst einseitige Arbeitsruhe am 1. Mai zur Pflicht macht. Es wurde hierbei auf den Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes verwiesen, welcher besagt, daß in solchen Werkstätten, wo zwei Drittel der Beschäftigten organisiert sind, eine Abstimmung über die Waifeier stattfinden soll, und daß, wenn sich die Mehrheit für Arbeitsruhe entscheidet, die Minderheit sich dem zu fügen hat.

Die Steinseher hielten am 25. April im Lokal Brunnenstr. 188 eine vom Gesellen-Ausschuß einberufene öffentliche Versammlung ab, die sich eines sehr guten Besuches zu erfreuen hatte. Das einleitende Referat über den Stand der Lohnbewegung und die fernere Taktik gab Knoll. Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung seien geringer geworden, da es der Innung nun auch gelungen sei, die größeren, der Innung nicht angehörenden Firmen soweit zu bringen, daß diese erklärt haben, nicht eher von der zehnstündigen Arbeitszeit abzugehen, als bis die Innung dieses thue. Die letztere habe aber in einer am 19. April stattgehabten Versammlung den Beschluß erneuert, unter keinen Umständen von der zehnstündigen Arbeitszeit abzugeben. Es haben dem auch zwei von den Innungsmeistern, die freiwillig die neunstündige Arbeitszeit zugestanden

hatten, dieses Zugeständnis wieder zurückgezogen. Infolge der bis jetzt noch ungünstigen Konjunktur konnte dagegen nicht Stellung genommen werden. Lebhaftes Bedauern rief die Mitteilung hervor, daß auch bei der größten Innungsfirma, die ebenfalls freiwillig die neunstündige Arbeitszeit zugestanden, bis jetzt jedoch nur den Minimallohn von 60 Pf. gezahlt hat, die Kollegen auf einem Bau die zehnstündige Arbeitszeit freiwillig wieder eingeföhrt haben, nachdem dieselben die Arbeit eingestellt hatten, um einen höheren Lohn zu erzielen, der ihnen jedoch nicht zugestanden wurde. Auf allen anderen Bauten der Firma wird noch neun Stunden gearbeitet, und übt dieselbe in dieser Beziehung keinerlei Druck auf die Arbeiter aus. In der Versammlung wurde betont, daß vorläufig jedes Vorgehen auf einzelnen Bauten oder bei einzelnen Firmen zu unterbleiben habe. Wenn die Kollegen bei irgend einer Firma vorgehen gedenken, so haben sich dieselben unter allen Umständen vorher mit der Lohnkommission zu verständigen. Ferner wurde die bisher mit der Verwaltung des Streikfonds betraute Kommission mit der Lohnkommission verismolzen. Und endlich beschloß die Versammlung noch, den aufgestellten Lohnforderungen auch die auf dem Bauarbeiterkongress beschlossenen familiären Forderungen hinzuzufügen. Unter Gewerkschaftlichem forderte Knoll die Steinseher auf, sich die Aufklärung und die Agitation unter den Kammerern im eigenen Interesse recht angelegen sein zu lassen. Dieselben haben sich ebenfalls zum großen Teil als ein Hemmnis in der Reunwehr-Bewegung erwiesen, indem sie zum Teil selber auf die Beibehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit hingewirkt haben, hauptsächlich aber stets von der Innung gegen unsere Forderungen ausgespielt werden.

Die Kupferschmiede nahmen in der Vereinsversammlung am 15. d. M. den Kassenbericht vom verfloffenen Quartal entgegen. In der Centralkasse war eine Einnahme von 1204 M. und eine Ausgabe von 992,84 M. zu verzeichnen. Die Filialkasse weist eine Einnahme von 523,09 M., eine Ausgabe von 426,53 M. auf. Hierauf fand Erledigung interner Angelegenheiten statt.

Die Freie Vereinigung der Civil-Verschnittmüller tagte am 18. April im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Nach Verlesung der Protokolle und Aufnahme neuer Mitglieder gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt, dem sich der Geschäftsbericht anschloß. Sodann wurde die Wahl des Vorstandes vollzogen, die folgendes Resultat ergab: Juslow und Brantigam, Vorsitzende; Ruhfeld und Herrmann, Schriftführer; Pacholl, Weisiger; Garmann, Kassierer; Arbeitsnachweis-Vorster Otto Krüger.

Die Deputate (Zentrale III des Textilarbeiter-Verbandes) nahmen am 18. April in ihrer Versammlung den Kassenbericht entgegen. Danach betrug im 1. Quartal die Einnahme 261,29 M. und die Ausgabe 160,64 M. Die Kasse für Arbeitslose weist eine Einnahme von 290,61 M. und eine Ausgabe von 213 M. auf. Dem Streikfonds sind 537,09 M. zugeflossen und 405,49 M. verausgabt. Vom Stiftungsfest ist ein Ueberschuß von 83,90 M. zu verzeichnen.

